

maldekstra #I

Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal

Oktober 2018

Die Verdammten dieser Erde

Landarbeit, Demokratie,
globale Gerechtigkeit, Eigentum: Worum es
bei Ernährungssouveränität geht

Wer über Fluchtursachen reden will, muss gar nicht unbedingt über den Tellerrand gucken. Es reicht schon, genauer hinzuschauen, was wir essen, wie Nahrung produziert wird, wer daran verdient und wer dabei die Verlierer sind. Trotz hoher Produktivität im Agrarsektor hungern weltweit Millionen Menschen. Die dominierende Art der Nahrungproduktion zerstört natürliche Lebensgrundlagen und befeuert Migration. Und die gegenwärtige Handelspolitik schützt die Interessen transnationaler Agrochemiekonzerne. So ist die Lage – aber sie muss nicht so bleiben. Im Süden wie im Norden begehren Menschen gegen diese Zustände auf. Eines ihrer Ziele heißt Ernährungssouveränität – und es geht dabei um weit mehr als nur darum, satt zu werden. Ein Heft über globale Gerechtigkeit, Demokratie in der Landwirtschaft und Alternativen zum Agrarkapitalismus.

Jenseits des warmen Stübchens

Inhalt

- 3 Das Problem auf unserem Teller** Wer über Fluchtursachen reden will, kann über die globale Nahrungsproduktion nicht schweigen
- 5 Sklaven auf Europas Feldern** Über die Ausbeutung von Migranten bei der Ernte in Italien, Österreich und Spanien
- 8 Alternative zum Agrar-kapitalismus** Demokratie, globale Gerechtigkeit, Eigentumsfrage: Worum es bei Ernährungssouveränität geht
- 10 Das komplizierteste Problem** Bauern und Bündnisfrage: Welche Rolle spielte die Agrarfrage in der historischen Linken?
- 12 Eine Frage der Produktionslogik** Was sind Kleinbauern durch eine klassentheoretische Brille betrachtet?
- 14 Weltagrarhandel** Kleinbauern, der ABCD-Komplex und die Macht einer Handvoll Konzerne
- 15 Das ist der Treibstoff der Bewegungen** Steffen Kühne im Gespräch über die Kämpfe um Ernährungssouveränität
- 20 Wenn wir unsere Lebensweise ändern** Wie ernährt man zehn Milliarden? Und welche Folgen haben Lebensmittelimporte?
- 22 Dramatisch unterschätzt** Digitalisierung im Agrarsektor soll Probleme lösen – wird aber selbst z um Problem

Der „Sommer der Migration“ liegt inzwischen drei Jahre zurück, das Thema Flucht ist aber weiter allgegenwärtig. Immer noch machen sich viele Menschen auf den gefährlichen und oft tödlichen Weg nach Europa. Und sie haben ihre Gründe. Es ist schon eine kleine Weile her, da sprach Wolfgang Schäuble von „den vielen Menschen auf der Welt“, denen es „viel schlechter geht als uns“. Und er sagte weiter: „Uns war auch klar, dass sie wissen, wie man zu uns kommt.“

Schäuble, inzwischen Bundestagspräsident, nannte die Migration Abertausender „unser Rendezvous mit der Globalisierung“. Und erklärte: „Davor können wir uns nicht im warmen Stübchen verstecken.“ Der CDU-Mann ist gewiss kein Scharfmacher in der Migrationsdebatte, aber seine Worte sind symptomatisch für einen Blick, der hartnäckig die Ursachen für die Krisen der Welt ignoriert.

Die Globalisierung erscheint bei dieser Art des Draufschauens, und nicht nur da, wie ein Naturereignis. Und Naturereignisse produzieren nun einmal Flucht und Migration. Schäuble: „ob uns diese Begegnung nun gefällt oder nicht“. Dass es auch Gründe gibt dafür, dass Menschen ihre Lebensorte verlassen müssen und man es hier weniger mit einem „Rendezvous“ zu tun hat als mit Folgen politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher Entscheidungen, die auch anders hätten aussehen und ausgehen können, fehlt im Bild von der Migration, vor der man sich „nicht im warmen Stübchen verstecken“ könne.

Aber im Fingerzeig auf das „warme Stübchen“ scheint immerhin ein kritischer Gedanke auf: Könnte es sein, dass die relative Behaglichkeit im globalen Norden zulasten des Restes der Welt geht? Auch von links wird in der Debatte um die Migration stets auf die Fluchtursachen verwiesen, darauf, dass es hier um Probleme geht, die nicht mit Mauern und Abschiebungen zu lösen sein werden.

Wer von den Chancen spricht, die global gerechter verteilt werden müssen, wer von Konflikten und Klimawandel redet, die einzudämmen eine wichtige Voraussetzung dafür wäre, kommt aber an grund-

sätzlichen Fragen nicht vorbei. Fragen, bei denen alte und ewig gleiche Antworten oft so wenig weiterhelfen wie leere Formeln. Fragen, zu denen es nicht selten kontroverse Haltungen auch unter Linken gibt. Vor allem aber Fragen, die zeigen, dass Lösungen oft schneller gebraucht werden, als sie politisch derzeit durchsetzbar sind. Um an diesem Dilemma etwas zu ändern, müssen diese Fragen immer wieder gestellt werden.

Ein neugieriger, kritischer Blick auf die Welt setzt einen Standpunkt voraus. Dieses Journal trägt deshalb den Namen „maldekstra“ – für „links“ in der Weltsprache Esperanto. Damit ist zugleich ein zweiter Anspruch verbunden: die Dinge stets in ihrem internationalen Rahmen zu sehen, nach weltgesellschaftlichen Lösungen zu suchen für Probleme, die in einer ökonomisch, politisch und kulturell immer enger zusammenrückenden und doch so zerrissenen Welt nur noch auf planetarischer Ebene behandelt werden können.

Eines dieser Probleme dreht sich um die Frage, was wir essen, wie unsere Lebensmittel produziert werden, wer darüber entscheiden kann und wie die Nöte in einem Teil der Erde mit den Sorgen in einem anderen Teil und dem Überfluss anderswo zusammenhängen. Es geht um Ernährungssouveränität, ein Begriff, in dem soziale Frage und globale Gerechtigkeit, Klimawandel und Gesundheit, Arbeitsbedingungen und Konzernprofite, lokale Bewegungen und internationalistische Perspektiven verschränkt sind. Er verweist also auf Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise.

Das Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die Ernährungssouveränität zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Diese Ausgabe von „maldekstra“, die von der common Verlagsgenossenschaft produziert wird, nimmt sich zum Auftakt dieses Themas vor. Auftakt heißt: Es wird nicht bei einer „maldekstra“ bleiben. Weitere werden folgen.

Kathrin Gerlof, Boris Kanzleiter, Hana Pfennig, Tom Strohschneider



Foto: David Litman/Shutterstock.com

Das Problem auf unserem Teller

Landraub, Flucht, Ausbeutung: Die Art, wie wir Nahrung produzieren, hat viel mit Migration zu tun. Und sie hält den kapitalistischen Verhältnissen insgesamt den Spiegel vor Von Tom Strohschneider

Über 820 Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger. Laut einer aktuellen Studie sind dies 17 Millionen mehr als 2016 – trotz vieler Verbesserungen hat sich die Lage mancherorts noch weiter verschlechtert. Nackte Zahlen über nacktes Elend.

Ähnliche Zahlen machen immer wieder Schlagzeilen, Appelle folgen. Seit ein paar Jahren gehört auch der Hinweis auf die Fluchtursachen dazu, die bekämpft werden sollen. Meist ist von Kriegen, Armut, Verfolgung die

Rede. Nicht selten gerät aus dem Blick, dass ein Faktor, der Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt, täglich auf unseren Tellern liegt.

Laut einer Schätzung der UN-Ernährungsorganisation FAO wurden infolge der Liberalisierung des weltweiten Agrarhandels allein in 16 Staaten des Südens bisher bis zu 30 Millionen Menschen von ihrem Land vertrieben. Die globale Deregulierung war Antreiber eines Nahrungsregimes, das soziale, ökonomische und

ökologische Verhältnisse drastisch umkrempelte: Aus südlichen Ländern, die überschüssige Nahrungsgüter exportierten, wurden Staaten, die sich für Agrarimporte stark verschulden müssen. Im globalen Norden wurden im Gegenzug industrielle Agrarmodelle perfektioniert und exportiert, die den Landraub verschärften.

Es ist der Siegeszug eines Produktionsmodells, das auch den Klimawandel anheizt: Verwüstung, Wassermangel und andere Schäden vertreiben weitere Menschen. 2015 prognos-

Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin, in Kooperation mit der

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Beirat Hana Pfennig, Boris Kanzleiter

Redaktion Kathrin Gerlof, Tom Strohschneider (V.i.S.d.P.), Redaktionelle Mitarbeit an dieser Ausgabe: Lilli Klinger

Gestaltung Michael Pickardt

Kontakt Tel. 030.2978.4678 kontakt@common.berlin

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Agenda

Dossier Ernährungssouveränität In kaum einem Bereich treten die Widersprüche des Kapitalismus so offen zutage wie in der Landwirtschaft. Welche Alternativen es gibt und was das mit unserer Ernährung zu tun hat, beantwortet ein Dossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung: rosalex.de/dossiers/ernaehrungssouveraenitaet

Im Bauch der Bestie Durchgreifende gesellschaftliche Veränderung gelingt nicht ohne eine Revolution unseres Essens. Agrarkapitalismus und Ernährungssouveränität stehen im Zentrum der Ausgabe 1/2018 der Zeitschrift „luXemburg“, die als PDF im Internet abrufbar ist: zeitschrift-luxemburg.de/heftarchiv/

Positiver Frieden Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg. Was sind linke politische Antworten auf direkte und strukturelle Gewalt? Wie kann eine linke Friedenspolitik aussehen? Antworten auf diese Fragen gibt es im Dossier „Positiver Frieden“: rosalex.de/dossiers/positiver-frieden.

maldekstra #2 und #3 Auch die kommende Ausgabe von „maldekstra“ wird sich mit „Positivem Frieden“ befassen – sie erscheint Ende Dezember. Im Frühjahr 2019 geht es in der dritten Nummer dann um Geschichte und Zukunft des linken Internationalismus 100 Jahre nach Gründung der Komintern.

tizierte eine Studie, dass in den kommenden 10 Jahren bis zu 50 Millionen Menschen von der Entwertung landwirtschaftlicher und anderer Flächen betroffen sind. Andere Experten sprechen von bis zu 100 Millionen – vor allem Kleinbauern, die so ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Im Norden hätten die meisten von ihnen nicht einmal Asyl zu erwarten: Sie sind von der „falschen Fluchtursache“ bedroht. Und was ist mit Entwicklungshilfe? Auch hier dominiert die Idee, ein Ernährungsregime weltweit zu etablieren, das selbst erst einen Teil der Probleme schafft, die angeblich gelöst werden sollen.

Es geht um ein ganzes System der Nahrungsproduktion: von subventionierten Agrarprodukten, die in Afrika zu Dumpingpreisen angeboten werden, über die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Eigentumstiteln an fruchtbarem Land bis zur Erzeugung von Biokraftstoff statt Lebensmitteln. Die Art, wie wir essen, wie Nahrung produziert wird, hält den kapitalistischen Verhältnissen insgesamt den Spiegel vor.

Und es mangelt keineswegs an Wissen darüber. Das gegenwärtige Nahrungsregime folgt auf zwei historische Formationen und es lässt sich daran die Verwobenheit der weltweiten Agrarproduktion mit der Entwicklung des globalen Kapitalismus ganz gut zeigen.

Zunächst ging es zwischen 1870 und 1930 in erster Linie darum, billige Lebensmittel aus außereuropäischen Kolonien für die wachsende Industriearbeiterschaft vor allem in Europa zu garantieren – auch ein Mittel, deren Protestpotenzial einzudämmen. Später, vor allem in den 1950er bis 1970er Jahren, verlagerten sich die Handelsbeziehungen: Nicht mehr die Peripherie versorgte die Zentren mit Überschüssen, sondern vor allem die USA exportierten ihre in den Süden. Grundlage dafür

war die enorm gewachsene Produktivität eines nun immer mehr fossile Energie verbrauchenden Agrarsystems. Nahrung wurde „angesichts von Entkolonialisierung und Kaltem Krieg als ökonomische und politische Waffe“ eingesetzt, wie das Fridolin Krausmann und Ernst Langthaler einmal beschrieben haben. Die Folge: neokoloniale Abhängigkeiten, die weltweit in immer mehr Gebieten die Ernährungssouveränität untergruben, also die Chance von Menschen, selbst über ihr Essen und die dazu notwendige Produktion zu entscheiden. Mit dem 1995 in der Welthandelsorganisation WTO verabschiedeten „Agreement on Agriculture“ setzt sich dann das dritte, heute dominierende Nahrungsregime durch: Die Deregulierung der Weltagrarmärkte benachteiligte vor allem die kleinbäuerlichen Nahrungsproduzenten in allen Teilen der Welt.

Aber braucht man nicht moderne Methoden, industrielle Landwirtschaft, weltweit freien Handel mit deren Produkten, um die Nahrungsversorgung überhaupt zu garantieren? Das Gegenteil ist der Fall: Man muss ein Ernährungsregime, das von Lebensmittelverschwendung im Norden und Hunger im Süden geprägt ist, das „zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“, radikal ändern, damit es eine wachsende Weltbevölkerung nachhaltig ernähren kann.

Der eingangs zitierte Bericht der Welthungerhilfe hat ein Schlaglicht auch auf die Nahrungsunsicherheit von Menschen gelegt, die auf der Flucht sind. Warum fliehen sie? Viele haben ihre Heimat verlassen, weil sie der Möglichkeiten beraubt wurden, selbstbestimmt für das Essen auf dem Teller und ein Auskommen zu sorgen. Was ist ihr Schicksal? Nicht wenige von denen, die sich deshalb auf die gefährliche Passage nach Europa machen müssen, finden sich als Sklaven des Agrarkapi-

talismus wieder: Ausgebeutet als Erntearbeiter in einem System, in dem Dumpingpreise von Lebensmitteln nicht nur von der Marktmacht einiger weniger Handelskonzerne künden, sondern auch die andere Seite einer Verteilungsrealität sind, die vielen Menschen kaum genug Einkommen bietet, sich ökologischer, gesünder zu ernähren.

Auf vielfache Weise hängen so Lebenschancen im globalen Süden mit Lebensrealitäten im globalen Norden zusammen. Es überlagern sich auch unterschiedliche Fronten der Auseinandersetzung: die um demokratische Produktion mit der um eine gerechte Klimapolitik und um neue soziale Solidarität; die um den Ausstieg aus der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen mit der um persönliche Freiheit und Demokratie.

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt“, mit diesen Worten beginnt die „Internationale“. Frantz Fanon hat die Redewendung in seinem anticolonialen Manifest aufgegriffen. Es sei die Aufgabe des globalen Südens, heißt es darin, „die Probleme zu lösen, die dieses Europa nicht hat lösen können“. Die sich bildenden Netzwerke der Ernährungssouveränität und des Widerstands gegen den Agrarkapitalismus folgen diesem Ruf. Und der Norden? So sehr Alternativen zum gegenwärtigen Agrarkapitalismus auch eine Frage des Konsums sind, so wird man nicht substanzial vorankommen, solange die Frage der Produktion unbeantwortet bleibt. Die immer mächtigeren Konzerne, welche die Wertschöpfungsketten beherrschen, haben kein Interesse an einem Kurswechsel. Der muss von unten kommen. Man darf sich über die Schwierigkeiten und Widersprüche dabei keine Illusionen machen. Man muss es trotzdem angehen. Gemeinsam.

„Es gibt keinen Fisch mehr im Senegal“: Überfischung, Armut, Flucht

Im Jahr 2016 kamen rund 10.000 Senegalesen in die EU. Die meisten von ihnen kamen, weil sie keine Möglichkeit mehr sahen, mit den Folgen der Überfischung zurechtzukommen. Begonnen hatte es vor 30 Jahren, als Fangflotten aus Europa und Asien vor die westafrikanische Küste kamen und in großem Stil fischten. Schleppnetze zerstörten die Brutstätten, lokale Produzenten zogen mit sehr engmaschigen Netzen nach, um überhaupt noch etwas zu fangen. Die ökologische Krise verschärfte sich.

Umweltorganisationen stellten mit GPS-Analysen und satellitengestützten Nachverfolgungssystemen zudem fest, dass die großen Trawler auch aus der EU weit mehr fischen, als ihnen offiziell erlaubt ist. „Mit mafiosen Methoden versuchen viele, dies zu verschleiern“, berichtete die ARD. Im Deutschlandfunk hieß es, die EU habe der senegalesischen Regierung einen kleinen Millionen-Betrag für das Recht bezahlt, in ihrer 200-Meilen-Zone zu fischen. Studien würden aber nahelegen, dass die EU-Staaten nur knapp ein Viertel des Fangs auch deklarierten.

Die Folgen haben die lokalen Fischer zu tragen – und mit ihnen ganze Länder. „Zuerst gab es die Sklaverei, dann die Kolonisation und seit der Unabhängigkeit herrscht heute eine neue, maskierte Form der Sklaverei“, wird Abdou Karim Sall zitiert, Präsident der Gemeinschaft

der Kleinfischerei im Senegal. „Schau dich um, alle Materialien, die du hier siehst, kommen aus Europa. Die Motoren, die Maschinen, der industrielle Fischfang. Alles, was eine Überfischung möglich macht, kommt aus Europa.“

In einem neueren Bericht haben Meaghan Beatley und Sam Edwards die immer dramatischeren Folgen beschrieben. In Saint-Louis, dem kulturellen Zentrum des Senegal an der nordwestlichen Küste, sei der Fang allein zwischen 2016 und 2017 um mindestens 80 Prozent zurückgegangen, heißt es unter Berufung auf lokale Aufsichtsbehörden. Konnten Fischer in der Stadt vor fünf Jahren noch 650.000 Menschen mit Fisch versorgen, reiche es inzwischen nur noch für 70.000. „Es gibt keinen Fisch mehr im Senegal“, sagen gleich mehrere Zeugen in dem Report, der vom European Journalism Centre EJC unterstützt wurde. Viele Fischer weichen vor die Küsten der Nachbarländer Mauretanien, Gambia und Guinea-Bissau aus, was illegal ist und schon zu Verhaftungen führte.

An der Ernährungskrise, die der Fischmangel auslöst, und den Folgen für Ökonomie und Gesellschaft ändern solche Maßnahmen freilich nichts. Und: Der Senegal ist nur ein Beispiel für einen weltweiten Trend, warnt die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO.

Sklaven auf Europas Feldern

Italien, Österreich, Spanien: Über die Ausbeutung von Migranten bei der Ernte und den Widerstand von Basisgewerkschaften dagegen

Italien, August 2018

Bei zwei schweren Verkehrsunfällen kamen in Apulien innerhalb weniger Tage 16 Erntearbeiter aus Afrika ums Leben, sogenannte Irregolari. Die Geflüchteten ohne Papiere waren wie viele andere in der Landwirtschaft beschäftigt. „Unsere Arbeitskollegen starben nach einem Tag, an dem sie sich vom Morgengrauen an den Rücken krumm geschuftet hatten, um Tomaten zu pflücken“, beklagte die Basisgewerkschaft USB Unione Sindacale di Base nach einem der tödlichen Unglücke. „Ein mit Tomaten beladener Lastwagen zerschmetterte sie auf dem Weg zurück zu ihren Hütten.“ Zu dem anderen Unfall heißt es: Ein „mit 15 Personen völlig überladener Transporter war mit einem Lkw zusammengeprallt und überschlug sich mehrmals.“

Wenige Tage später bahnt sich ein Trauermarsch von einigen Hundert migrantischen Landarbeitern und ihren Unterstützern durch die Provinzhauptstadt Foggia. Die „Frankfurter Allgemeine“ berichtet, die Menschen würden „bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Sicherheit, Rechte und Würde unabhängig von Hautfarbe und Herkunft“ verlangen. Gewerkschaften hätten zu einem Streik „gegen das zumal in Apulien gebräuchliche System moderner Sklaverei in der Landwirtschaft“ aufgerufen.

In Italien geht es dabei auch um ein System namens „caporalato“, um den Einfluss der Mafia und um Rassismus. Allein in der Provinz Foggia kommen auf etwa 630.000 Bewohner rund 50.000 Erntearbeiter mit regulären Arbeitsverträgen – und nach Schätzungen weitere bis zu 80.000 Tagelöhner, die meisten Migranten. Sie werden von „Caporali“ genannten

Arbeitsvermittlern jeden Morgen neu angeheuert, die Caporali sorgen für den Transport auf die Felder und lassen sich diesen bezahlen, als Abzug vom Lohn der Erntehelfer.

Für knapp zwei Tonnen Tomaten, die in einer Zwölf-Stunden-Schicht zu schaffen sind, wie Beobachter vorrechnen, gibt es zwischen 20 und 25 Euro. Diese werden aber nicht ausgezahlt. Von der ohnehin geringen Lohnsumme gehen 5 Euro für den Transport an die Caporali ab, auch Geld für Verpflegung und Trinkwasser. Vom tariflichen Mindestlohn sind die Migranten aus den „Ghetti“, den Barackensiedlungen, weit entfernt.

Über das System wird gesagt, es hänge eng mit der organisierten Kriminalität zusammen. „Im Hintergrund zieht auch die Mafia die Strippen, kontrolliert den Transport, den Verkauf oder die Organisation der ausgebeuteten Arbeiter“, berichtete etwa der „Focus“ und



Foto: Joseph Sorrentino/Shutterstock.com

zitierte aus einem Bericht des Bauernverbandes Coldiretti: „Die Aktivität der Mafia betrifft die gesamte Produktionskette, von der Herstellung über den Transport, den Vertrieb und den Verkauf.“

Gewerkschaftsdachverbände beziffern den Umsatz des Caporolato-Systems auf rund 5 Milliarden Euro im Jahr, hinterzogene Steuern und nicht gezahlte Sozialbeiträge summieren sich auf fast zwei Milliarden jährlich. Das System, gegen das der Widerstand wächst, funktioniert in ganz Italien. In Kalabrien und Sizilien dominiert es die Ausbeutung bei der Ernte von Zitrusfrüchten; im Piemont bei der Weinlese, in Apulien beim Tomatenflücken. Vielerorts würde die Agrarbranche ohne Erntearbeiter aus dem Ausland überhaupt nicht mehr funktionieren. Zugleich machen rechte Parteien gegen die Migranten immer aggressiver Front.

Im Juni 2018 wurde Soumayla Sacko in Kalabrien erschossen, als er mit Freunden gerade dabei war, Bleche für die berühmten Notunterkünfte migrantischer Erntehelfer in einer verlassenen Fabrik zu besorgen. 5.000 Menschen gingen nach dem Mord in Mailand auch gegen Rassismus auf die Straße, weil zwischen rechter Hetze und der Gewalt gegen Sacko ein Zusammenhang gesehen wurde. Der verheiratete Vater einer kleinen Tochter war Aktivist der Basisgewerkschaft USB, die nach seinem Tod zu einem Proteststreik aufrief, dem sich auch andere Organisationen anschlossen.

Nach den tödlichen Unfällen vom August schilderte die Unione Sindacale di Base, wie auf Bildern von der Unfallstelle „zwischen zerquetschten Tomaten die roten Mützen zu sehen“ gewesen seien, die die Basisgewerkschaft „an die Arbeiter verteilt hatte, als Sonnenschutz und als Zeichen, dass sie nicht alleine sind“. Auch andere gewerkschaftliche Basisorganisationen wie die 2010 gegründe-

te S. I. Cobas prangern die Sklaverei auf den Feldern an, aber nicht nur dort. „Die meisten der Migranten, die in den vergangenen Jahren nach Italien gekommen sind“, berichtete der Sprecher Aldo Milano im September in der Zeitschrift „analyse & kritik“, müssten „die schwerste Arbeit machen und werden am schlechtesten bezahlt“.

Österreich, Juli 2018

Bei Erntearbeiten auf Gemüsefeldern stirbt ein 52-Jähriger Rumäne an einem Herzinfarkt. Das Unternehmen, laut Medienberichten einer der größten Gemüseproduzenten in Tirol, verschweigt den Todesfall gegenüber der Land- und Forstwirtschaftsinspektion.

Die Meldung ist eigentlich im Landarbeitsgesetz vorgeschrieben. Die Tiroler Landarbeiterkammer beklagt später, dass eine Untersuchung ausgeblieben ist. Die Erntehilfe sei eine schwere Arbeit und gerade bei großer Hitze könnten Wassermangel und Ähnliches schlimmstenfalls zum Tod führen, wird Günter Mösl im österreichischen Fernsehen zitiert. Die öffentliche Körperschaft kümmert sich auch um Beschäftigte in der Agrarbranche, sie kann Kontrollen veranlassen und für Prävention sorgen.

Vorausgesetzt, sie wird bei Vorfällen wie dem Tod des rumänischen Erntehelfers informiert. Bernhard Höfler von der österreichischen Produktionsgewerkschaft verweist auf eine anonyme Meldung über zu starke Hitze und unbezahlte Arbeit. „Ob der Tod mit der schweren Arbeit oder der Hitze zusammenhängt oder nicht, können wir nicht wissen“, sagt Sónia Melo von „Sezonieri“.

Die Kampagne macht sich für die Rechte der Erntehelfer in Österreich stark. Schwierig sei es, überhaupt an Informationen zu kommen. „Nicht einmal seinen Namen finden wir

heraus“, beklagt Melo im Gespräch mit dem linken Blog mosaik.at. Kollegen des Verstorbenen, der von seiner Familie nach Rumänien zurückgeholt wurde, würden kaum Angaben machen. Sie glaube, sagt Melo, „sie haben Angst, dass Bauern das gegen sie verwenden. Sie wollen ihre Jobs nicht aufs Spiel setzen. Das ist ein durchaus übliches Problem.“

Der Hof, auf dem der Rumäne starb, war 2013 Schauplatz eines wichtigen Arbeitskampfes von Erntehelfern in Österreich. Nicht unbedingt die Zahl der Streikenden ist hier der Maßstab, sondern dass es überhaupt zu diesem Engagement kam – in der Saisonarbeit sind Organisationen schwieriger als in Fabriken.

Sorin Oprișiu war 2013 nicht nur beim Ausstand dabei, sondern er gehörte zu den Initiatoren. Rund 70 Erntearbeiter forderten damals ausstehende Lohnzahlungen und die Verbesserung der schlechten Arbeitsbedingungen. „Im Nachhinein schäme ich mich, dass ich es dort so lange ausgehalten habe“, hat Oprișiu in einem Gespräch für einen in Österreich erschienenen Sammelband über „Gewerkschaftliche Organisation in der migrantischen Landarbeit“ erzählt. Er habe „zwischen 350 und 420 Stunden im Monat gearbeitet, dabei nie die Zuschläge für Überstunden bezahlt bekommen, kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Für alles mussten wir aufkommen: für das Werkzeug, für ein kleines Zimmer, für unser Essen, für die Waschmaschine ... für alles.“ Er sei auf 2.000 Euro gekommen, „ich musste dafür aber 400 Stunden arbeiten“.

Der Gemüseproduzent, bei dem Oprișiu angestellt war, „ist reich geworden, weil er uns extrem ausgebeutet hat“. Die Erntearbeiter wussten das schon lange, es dauerte aber auch lange, bis sie dagegen aufbegehren. Es war allen klar, dass das Unternehmen „auf unsere Kosten und auf Kosten unserer Rechte

reich wird, aber wir verdrängten es einfach“. Schließlich aber schloss man sich zusammen: „Wir fühlten uns gemeinsam stark.“

Dass es zu dem Protest von 2013 überhaupt kam, sagt Melo, sei nur möglich gewesen, weil die Rumänen und Serben „seit Jahren dort gearbeitet hatten und sich eine Gruppendynamik entwickeln konnte“, berichtet Melo. Das Unternehmen reagierte und beschäftigte seither das Gros der Belegschaft nur noch kurzfristig. „Das macht unsere Arbeit, Vertrauen aufzubauen und die Arbeiter über ihre Rechte aufzuklären, extrem schwierig.“ Auf anderen Höfen sei die Situation „ein bisschen besser geworden. Aber nicht bei allen und auch nicht viel besser.“

Im September berichtet der ORF noch einmal über den Fall – nun wolle der Produzent gegen die Berichterstattung klagen. „Wir sehen diesem möglichen Verfahren relativ gelassen entgegen, weil wir schon seit 2011 beweisen können, dass bei diesem besagten Betriebsarbeitsrechtliche Verfehlungen vorgelegen haben oder teilweise noch vorliegen“, heißt es von Bernard Höfler von der Produktionsgewerkschaft, die Rechtshilfe stellen will. Wenn man einen Prozess wolle, könne man diesen „sehr gerne haben“. Die Gewerkschaft hat inzwischen auch die Identität des Toten herausgefunden: Der Mann war 48 Jahre alt und Vater von drei Kindern.

Spanien, April 2018

Dutzende Erntehelferinnen melden sich zu Wort und machen öffentlich, wie sie von Vorarbeitern in der Landwirtschaft sexuell belästigt oder vergewaltigt werden. Viele weitere sprechen über ihre Erfahrungen mit körperlicher Gewalt und Bedrohungen. Mit der Recherche kann das Nachrichtenportal „BuzzFeed“ zum ersten Mal zeigen, „wie schwerwiegend und verbreitet sexualisierte Gewalt und Nötigung von Erntehelferinnen in der mediterranen Landwirtschaft ist“.

Über 100 Erntehelferinnen in Spanien, aber auch in Marokko und Italien wurden dazu befragt, viele Interviews mit Wissenschaftlern, Gewerkschaftern, Sozialarbeitern, Priestern und Menschenrechtsaktivisten geführt. „Ein Schlaglicht auf Lohnbetrug, miserable Bedingungen und sexuelle Übergriffe“, nennt der „Tagesspiegel“ den zusammen mit dem gemeinnützigen Recherchezentrum Correctiv vorgelegten Bericht. Kaum eine der Arbeiterinnen hat Anzeige erstattet, „meistens schweigen die Frauen. Sie haben Angst davor, ihren Arbeitsplatz zu verlieren“. Und die Recherchen zeigen auch, „dass mutmaßliche Täter fast immer straffrei bleiben und lokale Gewerkschaften und die Polizei, aber auch die verantwortlichen Behörden in Spanien nicht genug zum Schutz der Frauen beitragen“.

Anfang Juli gingen Hunderte Feldarbeiterinnen im südspanischen Huelva auf die Straße, in der Gegend gibt es die größten Erdbeefelder Europas – und was hier unter empörenden Bedingungen geerntet wird, landet

zu einem beträchtlichen Teil in bundesrepublikanischen Supermarktregalen. Gegen Sklaverei und für mehr Rechte der Pflückerinnen sind die Rufe bei dem Protestmarsch gerichtet. Berichten zufolge arbeiten mindestens 15.000 Frauen allein aus Marokko in der Region auf den Erdbeefeldern; rund 40 Euro Tageslohn brutto sind laut Tarifvertrag hier zu verdienen – das ist einerseits viel mehr, als Feldarbeit in Marokko einbringt, andererseits liegen die Reallöhne in Wahrheit meist unterhalb der Vereinbarungen.

„In Huelva findet die schlimmste Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeit in ganz Andalusien statt“, wird José Antonio Brazo Regalado von der SOC-SAT zitiert. „Das ist Sklaverei.“ Die Basisgewerkschaft ist auch in der Region Almería aktiv, wo in großem Ausmaß Gemüseproduktion stattfindet und wo ebenfalls die Mehrzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten Migranten sind, in den Gewächshäusern sollen es über 90 Prozent sein, die allermeisten aus Marokko, viele aus subsaharischen Staaten, Osteuropa und Lateinamerika. Etwa ein Viertel des in West- und Mitteleuropa verbrauchten Gemüses wird hier in Andalusien angebaut.

Sara El Guoual, die ebenfalls Aktivistin bei der spanischen Landarbeitergewerkschaft ist, hat in dem von der Sezonieri-Kampagne herausgegebenen Sammelband über Organisation in der migrantischen Landarbeit auch von Erfolgen berichtet, etwa beim einem Bio-gemüse-Großhändler, bei dem nach langen Kampf Festanstellungen durchgesetzt und Abfindungen erreicht wurden. Die Arbeiterinnen bekämen nun die ihnen zustehenden Löhne und einen Monat bezahlten Urlaub. „Die Behandlung ist auch besser“, sagt Sara El Guoual. Und das betreffe auch die Möglichkeiten, etwa gewerkschaftliche Versammlungen am Arbeitsplatz abzuhalten.

Die SOC-SAT-Aktivistin weiß dabei auch, welche Bündnisse man schließen muss. „Wir möchten den Konflikt in die Länder tragen, in denen die hier produzierten Lebensmittel gekauft werden“, sagt sie. Konsumenten in Europa sollen „das Thema aufgreifen, damit sich die Supermärkte unter Druck sehen zu handeln“.

Ganz praktische globale Solidarität hilft auch. So unterstützt zum Beispiel der Berliner Verein Interbrigadas die Arbeit der SOC-SAT. Es gehe darum, jenen zur Seite zu stehen, die sich „gegen den enormen sozialen, ökonomischen sowie rassistischen Druck auf die Tagelöhner in der Landwirtschaft stemmen“. Es gehe hier nicht um irgendeinen isolierten Konflikt, heißt es bei den Interbrigadas. Wo sich die SOC-SAT engagiere, dort „spiegeln sich äußerst deutlich die globalen ebenso wie die innergesellschaftlichen Missverhältnisse unserer Zeit, vor deren Mitverantwortung wir uns in Europa nicht verstecken können“.

Die Schlaglichter aus den drei Beispielländern wurden von der „maldekstra“-Redaktion zusammengetragen.



Rechte einfordern

Als die SOC Anfang der 2000er Jahre begann, sich in ihrem Kampf gegen Ausbeutung in der Landwirtschaft gezielt auf Migrant*innen in Andalusien zu konzentrieren, konnte die Organisation bereits auf eine jahrzehntelange Geschichte zahlreicher Protestaktionen zurückblicken. Schon Mitte der 1970er Jahre hatten sich verschiedene Tagelöhnerkommissionen vernetzt; im August 1976 wurde in Antequera dann die Obremos del Campo y del Medio Rural de Andalucía gegründet. 2007 schloss sich die Organisation SOC mit anderem zum Sindicato Andaluz de Trabajadores SAT zusammen. Generalsekretär ist Óscar Reina.

Menschen aus Marokko und den Ländern südlich der Sahara bieten den spanischen Landwirten neue Möglichkeiten, ihre Produkte so billig wie möglich zu produzieren: Hungerlöhne unterhalb von Tarifregeln, Betrug bei Sozialversicherungsabgaben.

Von der SOC-SAT erhalten die Landarbeiter*innen Unterstützung; der Kampf für eine gerechte, tolerante und demokratische Gesellschaft muss hier allerdings oft sehr hohe Hürden überwinden. Viele Betroffene sind papierlos, haben keine Arbeitsverträge und fürchten die Ausweisung. Das macht Organisation besonders schwierig; hinzu kommt eine hohe Analphabetenrate. SOC-SAT hält mit Bildung und Information dagegen, berät in Rechtsfragen sowie bei der Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung; die Organisation deckt zudem Gewalttaten auf.

SOC Sindicato de Obreros del Campo (Vereinigung ländlicher Arbeitnehmer), Gewerkschaftsarbeit, 1976 gegründet, Almería (Spanien)
socialmeria.wordpress.com

„Das macht Lohndumping einfach“: Saisonkräfte in der deutschen Landwirtschaft

79 Prozent der Betriebe, so meldete im August 2018 der Verband Süddeutscher Spargel- und Erdbeeranbauer, könnten in dieser Saison einen Teil ihrer Ernte wegen Personalmangels nicht einbringen. Mit der Warnung war ein Lobbyanliegen verbunden: die Warnung, von der 70-Tage-Sonderregelung wieder abzurücken, in der kurzfristige sozialversicherungsfreie Beschäftigung möglich ist. 2014 war die Frist von 50 auf 70 Tage verlängert worden, dies sollte die Einführung des Mindestlohns begleiten. Nun hat die Große Koalition aber die 70-Tage-Regelung unbefristet verlängert.

Auch der „Spiegel“ griff die Geschichte auf, und ließ unter der Überschrift „Mangel an Erntehelfern“ unter anderem einen Brandenburger Spargelbauern zu Wort kommen: „85 von 350 Leuten einfach nicht gekommen“. Der Unternehmer habe auch nicht genügend Ersatz anstellen können, es kam zu Ernteaussfällen und Verlusten für den Betrieben im fünfstelligen Bereich. Ein Grund sei „eigentlich positiv“, denn weil osteuropäische Länder „wirtschaftlich immer besser“ dastünden, „entscheiden sich immer mehr Erntehelfer für einen Job in der Heimat“, wie es ein Vertreter des Gesamtverbandes der deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände formuliert. Zudem ziehe es Saisonarbeitskräfte verstärkt in andere Branchen, „wo sie oft mehr als den gesetzlichen Mindestlohn von knapp 9 Euro bekommen“.

Zu der naheliegenden Schlussfolgerung, höhere Löhne für Erntearbeiter anzubieten, hört man von den Unternehmen, dies bringe nicht viel, weil sich Saisonkräfte oft ein Einkommensziel setzten und danach die Erntebetriebe verließen. Thomas Hentschel vom gewerkschaftsnahen Peco-Institut sieht das anders. Er kenne „viele Betriebe“, sagte er der „Zeit“, die „gar keine Probleme haben, Erntehelfer zu finden. Wenn man die Leute anständig behandelt, kommen sie auch.“

Laut dem Peco-Institut kommen jährlich rund 314.000 Menschen nach Deutschland, um bei der Ernte Geld zu verdienen. Im Rahmen der 2015 gegründeten „Initiative Faire Landarbeit“, an der neben dem Peco-Institut unter anderem der Europäische Verein für Wanderarbeiter beteiligt ist, konnten Beratungsstellen eingerichtet und Informationstouren für Saisonarbeitskräfte organisiert werden.

Ihre Arbeitsbedingungen seien vielerorts schlecht, etwa was die Bezahlung angeht, weil vom Mindestlohn noch Beträge abgezogen werden, etwa für Kleidung oder Arbeitsgeräte oder horrenden Summen für die Unterkünfte. „Das macht Lohndumping einfach, die Landwirte können mit den Abzügen Druck auf die Arbeitskräfte ausüben“, so Hentschel. „Wenn die Erntehelfer da nicht mehr mitspielen, ist das eine gute Entwicklung.“

Alternative zum Agrarkapitalismus

Demokratische Kontrolle, globale Gerechtigkeit, Eigentumsfrage:
Worum es bei Ernährungssouveränität geht Von Steffen Kühne und Benjamin Luig

Karl Marx hatte es so vorausgesagt und nicht wenige Kritiker der kapitalistischen Produktionsweise erneuerten diese Prognose später: Das Bauerntum werde durch die fortschreitende Industrialisierung irgendwann verschwinden – und selbst dort, „wo die Industrialisierung ganz augenscheinlich ausgeblieben war“, wie es der britische Universalhistoriker Eric Hobsbawm einmal formuliert, verringere sich die Zahl der Bauern.

Auf den ersten Blick erscheint das auch schlüssig: Motorisierung, Entwicklungen in der Tier- und Pflanzenzucht sowie der Einsatz von Mineraldünger, zugeschnitten auf Monokulturen und kapitalintensive Betriebe, sorgten in den Industrieländern nicht nur für massive Produktionssteigerungen im Agrarbereich. Sie reduzierten auch die Zahl der Erzeuger derart, dass sich ein Begriff wie „Höfesterben“ flächendeckend durchsetzen konnten.

Der Weltmarkt und sein Preis

Und doch ist heute eine andere Bilanz zu ziehen: Der Untergang der bäuerlichen Landwirtschaft ist ausgeblieben. Zwar hat sich in der Periode seit dem Zweiten Weltkrieg die absolute Zahl der bäuerlichen Haushalte vor allem in Westeuropa stark verringert. Jedoch stieg sie im gleichen Zeitraum in anderen Regionen der Welt an, verbunden freilich mit einer extremen Verarmung in weiten Teilen.

Im globalen Süden wirkten sich die Innovationen für die Masse der Kleinbauern zunächst aber kaum aus. Stattdessen schlugen neue Entwicklungen auf die weltweite Landwirtschaft radikal durch: Erstens ließen die Motorisierung der Schifffahrt und die gesteigerte Leistungsfähigkeit des Schienen- und Flugver-

kehrs die ländlichen Regionen der Welt immer mehr „zusammenrücken“. Zweitens bereitete die Politik unter anderem über (De-)Regulierungen im Agrarsektor dem heute noch existierenden globalen Handelsregime den Weg.

Die Gründung der Welthandelsorganisation WTO 1995 wirkte dabei als Durchsetzung des Prinzips komparativer Kostenvorteile in institutionalisierter Form: Wer in der Lage ist, etwa aufgrund besserer Ausgangsbedingungen oder vorangeschrittener Technologie, günstiger zu produzieren, gewinnt. So wurden Landwirtschaften über den Weltmarktpreis gnadenlos zusammengebrochen.

Abermillionen bäuerliche Existenzen konnten der Konkurrenz nicht standhalten. Im Laufe des 20. Jahrhunderts fielen die realen Preise von Grundnahrungsmitteln kontinuierlich. Die Masse der bäuerlichen Produzenten weltweit bekam dies massiv zu spüren. Ihre realen Einkommen sanken dramatisch, oft unter den zum Überleben notwendigen Betrag. Armut und Hunger im ländlichen Raum verschärften sich.

Das ist einer der Gründe dafür, dass inzwischen über die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt. Ging der eingangs erwähnte Karl Marx noch davon aus, dass die in der Landwirtschaft „überflüssig“ gewordenen Arbeitskräfte proletarisieren werden und so die wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften in den Fabriken stillen würden, ist der Bedarf nach zusätzlichen Arbeitern und Angestellten in den urbanen Zentren heute vielerorts begrenzt.

Landwirte und Kleinbauern haben die Entwicklung nie einfach so hingenommen und schon vor Jahrzehnten begonnen, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Zunächst waren es insbesondere Bauernorganisationen aus Zen-

tralamerika, Südostasien und Kanada, die versuchten, gemeinsam ihren Interessen auf internationaler Ebene Gehör zu verschaffen.

Aus der Vernetzung dieser Organisationen entstand die Dachorganisation La Vía Campesina („Der bäuerliche Weg“), die schon bald international in Erscheinung trat – unter anderem auf dem UN-Welternährungsgipfel von 1996, bei WTO-Verhandlungen oder auf den Weltsozialforen. La Vía Campesina formuliert dabei das Leitbild der Ernährungssouveränität, zunächst verstanden als das „Recht aller Völker“, „ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu definieren“.

Es geht nicht bloß ums Sattkriegen

Geprägt durch die drastisch steigenden Nahrungsmittelpreise ab Mitte der 2000er Jahre und angesichts der kommerziellen und spekulativen Investitionen in natürliche Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut wurde Ernährungssouveränität erweitert verstanden: als die Rechte von Gemeinschaften und Einzelpersonen gegenüber dem Staat, der selbst Akteur von Deals geworden war, die Ernährungssouveränität einschränken.

Das Konzept der Ernährungssouveränität grenzte sich bewusst von der in den Vereinten Nationen propagierten Politik der Ernährungssicherheit ab. Diese zielt zwar darauf ab, „allen Menschen zu allen Zeiten“ einen „physischen und ökonomischen Zugang zu ausreichenden, sicheren und nahrhaften Lebensmitteln“ zu sichern. Doch bedeutete dies letztlich eine Beschränkung auf das bloße „Sattkriegen der Hungernden“.

Die gesellschaftlichen und ökonomischen Umstände, die Hunger verursachen, werden



Foto: Paul Casals/unsplash

im Rahmen der Idee der Ernährungssicherheit außer Acht gelassen. Sie steht damit im Einklang mit den Exportinteressen amerikanischer Maisbarone oder der weltmarktorientierten Milchüberschusspolitik des Deutschen Bauernverbands.

Ernährungssouveränität geht hier einen wichtigen Schritt weiter: Die Idee zielt auf die Repolitisierung der Produktionsverhältnisse. Gefordert werden unter anderem die lokale Kontrolle über natürliche Ressourcen, ein Vorrang regionaler Märkte gegenüber globalen und konzerndominierten Lieferketten, die Durchsetzung „fairer Preise“ und eine ökologisch nachhaltige Praxis. Auch Fragen demokratischer Selbstverwaltung spielen eine wichtige Rolle.

Die Stärken des Konzepts

Parallelen zwischen der bäuerlichen Bewegung für Ernährungssouveränität und der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts sind unübersehbar. Beide waren beziehungsweise sind Projekte der Artikulation, der Emanzipation und des Widerstands unterdrückter, ausgebeuteter und ausgeschlossener sozialer Klassen. Auch das dezidiert antikapitalistische Fundament gehört zu den Ähnlichkeiten, Rechte und Würde der Arbeitenden werden einer dominanten Entwicklungslogik entgegengestellt. Beide Stränge des Kampfes betonen das Potenzial von

Kollektiven und zielen auf eine Demokratisierung von Wirtschaftsstrukturen sowie auf die Umverteilung von Eigentum.

Mitentscheidend ist auch die ökologische Perspektive – mit der Idee der Ernährungssouveränität verbinden sich Alternativen zu einem Agrarkapitalismus, der gravierend in den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur eingreift. Mit fortschreitendem Artensterben schrumpft die Biodiversität, die Bodendegradation nimmt zu und in vielen Kernanbauregionen sinkt der Grundwasserspiegel stetig. Die mineralischen Ressourcen für die industrielle Düngerproduktion, insbesondere Phosphat, gehen zur Neige, die Treibhausgasemissionen steigen auch durch die industrielle Landwirtschaft rasant an. Aufgrund des hierdurch beschleunigten Klimawandels wird die Menschheit in den kommenden Jahrzehnten große Flächen nutzbarer Ackerlands unwiederbringlich verlieren.

Zu den Stärken des Konzepts Ernährungssouveränität zählt, dass es keine akademische Theorie ist, sondern ein Projekt, das von vielen verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen aufgegriffen worden ist. Kein anderes Motto konnte in den zurückliegenden 25 Jahren als Grundlage für derart breite Mobilisierungen gegen eine konzerngetriebene kapitalistische Globalisierung des Landwirtschafts- und Nahrungsmittelsektors dienen.

Günstig wirkt sich hier auch die relative Offenheit der Idee der Ernährungssouveränität aus, der es gelingt, ganz unterschiedliche lokale Kämpfe gegen die Privatisierung gemeinschaftlicher Ressourcen und die aggressive Expansion transnationaler Konzerne zu verbinden. Einstiegsprojekte wie kollektive Saatgutbanken zeigen heute schon, wie eine andere Landwirtschaft aussehen könnte. Und ebenfalls schon heute gibt es breite Bündnisse für Ernährungssouveränität bis weit in die urbanen Mittelschichten hinein.

Das Konzept befindet sich in ständiger Weiterentwicklung und ist dabei inhaltlich unkämpf wie jeder Ansatz mit konkretem Veränderungspotenzial. Die politische Linke täte auch hierzulande gut daran, sich stärker mit dem Ernährungsregime und dem wachsenden globalen Widerstand dagegen zu befassen. Hierin liegt eine Chance, Krisen und Widersprüche im globalen Norden in einen globalen Zusammenhang zu stellen. Ernährungssouveränität verspricht Menschen im globalen Norden und im globalen Süden einen Gewinn an demokratischer Kontrolle und Gerechtigkeit.

Steffen Kühne ist Referent für Sozialökologischen Umbau und Vizedirektor der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Benjamin Luig ist Leiter des Dialogprogramms Ernährungssouveränität.

Eine gemeinsame Vision: 25 Jahre La Vía Campesina

La Vía Campesina – „der bäuerliche Weg“ – wurde 1993 bei einem Treffen von Vertreter*innen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Landarbeiterinnen und Landarbeitern im belgischen Mons geboren. Damals erlebten die Produzenten einen Schub der Globalisierung der Landwirtschaft, der Agrarpolitik und die wachsende Macht internationaler Konzerne. „Die Kleinbauern mussten eine gemeinsame Vision entwickeln“, blickt man bei La Vía Campesina auf jene Zeit zurück – das Bündnis sollte den Organisationen der Kleinbauern und Landarbeiter Gehör verschaffen, ein wichtiger Schritt zur Verteidigung ihrer Rechte war gemacht.

Heute umfasst „der bäuerliche Weg“ über 180 lokale und nationale Organisationen in über 80 Ländern. Insgesamt werden die Interessen von rund 200 Millionen Menschen vertreten – das Selbstverständnis von La Vía Campesina ist unter anderem von dem Gedanken geprägt, „eine autonome, pluralistische, multikulturelle Bewegung“ zu sein, die unabhängig von Parteien und Unternehmen ist. Mitgliedsbeiträge,

private Spenden und finanzielle Unterstützung einiger NGOs, Stiftungen und Behörden machen diese Arbeit möglich. Man versteht sich als „Massenbewegung der Basis. Ein internationales Sekretariat dient als Steuerungsgruppe, der Sitz rotiert, seit 2013 liegt er in Harare, Simbabwe. Es wird auf kollektive Entscheidungen Wert gelegt, alle vier Jahre tagt eine internationale Konferenz.

Mitglieder sind unter anderem die brasilianische Landlosenbewegung MST oder die peruanische CCP, aber auch europäische Verbände wie die Confédération paysanne in Frankreich oder die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland. 1996 wurde eine Europäische Koordination Vía Campesina gegründet, die sich als die „europäische Bauernopposition“ versteht. 27 Bauernorganisationen aus 18 europäischen Ländern engagieren sich für „eine gründliche Reform der Agrarpolitik auf der europäischen und weltweiten Ebene.“ viacampesina.org eurovia.org

Das komplizierteste Problem

Welche Rolle spielte die Agrarfrage in der historischen Linken? Über Bündnisse mit Bauern, sozialistische Landwirtschaft und unlösbare Widersprüche Von Lutz Brangsch

Die Agrarfrage ist ein eher blinder Fleck der Linken – und das bei Weitem komplizierteste praktische Problem. Auch wenn in den Lesarten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Marxismus vor allem als „Theorie der Industrie“ behandelt wurde, heißt das nicht, dass die Landwirtschaft und das Land als sozialer Raum nicht ein wichtiges Moment der Analyse und der politischen Überlegungen der ersten Generation der Linken gewesen wäre.

Diese Fragen spielten schon in der Entstehung der modernen Arbeiterbewegung eine große Rolle. Dies betrifft sowohl die theoretische Seite (man denke an die sogenannte ursprüngliche Akkumulation oder die Auseinandersetzungen um die Grundrente bei Marx) als auch die politische. Wilhelm Wolff, dem Marx den ersten Band des „Kapital“ widmete, war einer der Ersten, die die sozialen und ökonomischen Prozesse vor allem in der preußischen Landwirtschaft um die Mitte des 19. Jahrhunderts analysierten und politische Schlussfolgerungen für die junge kommunistische Bewegung formulierten. Er war es, der die Frage des Bündnisses von Bauern und Arbeitern offensiv in die Diskussion brachte.

Im Jahr 1894 griff Friedrich Engels diese Frage dann unter neuen Bedingungen und in Anknüpfung an entsprechende Diskussionen in der deutschen Sozialdemokratie auf und diskutierte, wie deren Verhältnis zu den verschiedenen Schichten der ländlichen Bevölkerung zu gestalten wäre. Die Besonderheiten der sozialen Beziehungen und der landwirtschaftlichen Produktion blieben den meisten Linken allerdings fremd. Das geht in starkem Maße auf Karl Kautsky und W. I. Lenin zurück. Die hatten in ihren fast gleichzeitig erscheinenden Werken zur Agrarfrage (1899) die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft analysiert.

Anpassung an die Stadt

Beide hoben die Bedeutung der Brechung der Abhängigkeit der Bauern vom Kapital, die kulturelle und soziale Entwicklung des ländlichen Raumes, den Trend zum Großbetrieb und die Rolle genossenschaftlicher Produktionsformen hervor. Sie diskutierten dies aber vom Standpunkt, wie Kautsky es ausdrückte, einer Partei, die immer eine proletarische Partei sein würde. Das erklärt, warum die Bauern vor allem als potenzielle Proletarier oder als potenzielle Kapitalisten betrachtet wurden und die landwirtschaftliche Arbeit als in industrielle Formen zu überführende. Die Überwindung des Gegensatzes von Stadt und Land wurde meist nicht als Überwindung der Ar-

beitsteilung (also zweiseitiger Prozess), sondern als Anpassung des Landes an die Stadt gedacht.

Es gab aber durchaus auch schon zu dieser Zeit andere Lesarten zum Zusammenhang von Agrarfrage und Überwindung des Kapitalismus. Die russischen Narodniki lehnten die unter MarxistInnen verbreitete Ansicht ab, dass erst die alte Bauerngesellschaft vom Kapitalismus zerschlagen werden müsse, bevor in Russland eine nachkapitalistische Gesellschaft möglich sei. Marx meinte auf Nachfrage der russischen Marxistin Vera Sassulitsch, dass die russische Dorfgemeinde, in der sich patriarchale und ur-kommunistische Elemente überlagerten, durchaus das Potenzial böte, einen Übergang zum Sozialismus ohne die Zwischenstufe einer durchkapitalisierten Landwirtschaft zu organisieren. Allerdings seien dafür eine starke Arbeiterklasse und internationale Solidarität unabdingbar.

In Russland vertrat die Partei der Sozialisten-Revolutionäre (LSR, die Übersetzung Sozialrevolutionäre ist nicht korrekt) unabhängig von den und zum Teil gegen die Marx'schen Auffassungen die Position, dass unter den Bedingungen Russlands die Bauern die entscheidende Kraft beim Übergang zu einer nachkapitalistischen Ordnung seien. Nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der „Werkstätigen“ sei die aktuelle Aufgabe.

Der linke Flügel dieser Strömung war als Bündnispartner der Bolschewiki ab November 1917 bis April/Mai 1918 die entscheidende Kraft, die weite Teile der Bauernschaft an die Sowjetmacht band. Ihr Agrarprogramm setzte auf starke Bauernwirtschaften auf sozialisiertem Boden, die in der Tradition der Dorfgemeinde kollektive, genossenschaftliche Formen der Kooperation entwickeln sollten.

Das deutet schon an, dass sich in der Agrarfrage alle Probleme gesellschaftlicher Übergänge auf besondere Weise bündeln. Die wichtigsten Problemkreise waren dabei Kontroversen um das „revolutionäre Potenzial“ der Bauernschaft, die Verbindung von landwirtschaftlicher Arbeit und Arbeit in anderen Bereichen, also die Perspektiven der Arbeitsteilung, und die Bestimmung der Potenziale genossenschaftlicher und anderer, traditioneller Kooperationsformen.

Das Bündnis zwischen linken Sozialisten-Revolutionären und Bolschewiki zerbrach recht schnell. Der Bauer wurde in den Augen der Bolschewiki als potenzieller Kapitalist zum Feind – und so behandelt. Die Quitting waren Aufstände unter Losungen wie: „Hoch die Bolschewiki (die uns das Land ge-

ben haben)! Hoch der Freihandel! Nieder mit den Kommunisten (die das Getreide requirieren)! Der Zwiespalt zwischen dem privaten Bodenbesitz und der gemeinschaftlichen Verteilung des Bodenertrages muss beseitigt werden.“

Lenin und die Genossenschaften

Nach Interventions- und Bürgerkriegen wurden mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) einige Vorstellungen der LSR dann doch realisiert, auch wenn das so nicht ausgesprochen wurde. Die Bodengesetzgebung von 1922 räumte der Dorfgemeinde als einer der möglichen Formen der landwirtschaftlichen Betätigung eine Perspektive ein – und in vielen Gebieten war das dann auch bis etwa 1928 die beherrschende Form. Die Etablierung mehr oder weniger geregelter Marktbeziehungen im Rahmen des „Staatskapitalismus“ unter strikter Kontrolle der Partei führte tatsächlich zu einer Belebung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Fragen der Perspektiven wurden offen und ausführlich diskutiert.

Ein frühes Ergebnis war die Position Lenins zum Genossenschaftswesen. Auf dieser Grundlage entwickelte der Agrarökonom Alexander Wassiljewitsch Tschajanow Vorstellungen dazu, wie die Bauernwirtschaft so in die gesellschaftliche Arbeitsteilung zu integrieren wäre, dass ihre Produktionsstätten eben nicht zu kapitalistischen Unternehmen werden würden. Er konnte sich nicht durchsetzen und wurde Opfer des Stalin'schen Terrors, sein Name in der realsozialistischen Welt weitgehend vergessen.

Allerdings waren seine Auffassungen in anderen Teilen der Welt für die Agrarbewegungen inspirierend. Die von Tschajanow angestrebte fruchtbare Kooperation zwischen Industrie und Landwirtschaft blieb bis zum 1985 beschlossenen Nahrungsmittelprogramm in der Sowjetunion ein zentrales und ungelöstes Problem. Überhaupt ist und bleibt auffällig, dass die Intensität, mit der Landwirtschaft und ländlicher Raum bis zum Ende des Realsozialismus „beforscht“ wurden, im Widerspruch zu den praktischen Erfolgen stand.

Die Landwirtschaft wurde für die junge Sowjetunion vor allem zu einer Devisenquelle. Der Agrexport war das entscheidende Mittel, um im Ausland die erforderlichen Maschinen zu kaufen. Allerdings gelang es nicht, in diesem Zusammenhang die Industrie und die Landwirtschaft gleichermaßen zu stärken. Stagnation und damit ein Gesichtverlust der herrschenden Schicht drohten. Es stand die Frage, ob man den Prozess einer ausgegliche-



Foto: Les Anderson/Unsplash

nen, aber eben langsameren Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft weiter verfolgen oder ob man auf einen forcierten Kurs der Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft setzen sollte.

Die Kollektivierungs- und Industrialisierungspolitik ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wie auch die extensive Nutzung des Getreideexportes als Akkumulationsquelle ruinierten die sowjetische Landwirtschaft. Die Industrialisierung, so der sowjetische Agrarökonom Michail Suslow, wurde durch den Hunger der Landbevölkerung erkaufte. Die 1920er Jahre in der Sowjetunion warfen so die für die Linke neue Frage auf, wie und zu welchem Preis man zu Ernährungssouveränität kommen und sie sichern könnte.

Kleingärten und Agrarproduktion

In Deutschland spielten die Kleingärten der Arbeiterfamilien schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur eine große Rolle bei der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, sondern auch als Orte der Politisierung. Kleingartenvereine waren ein Weg, um das Sozialistengesetz, mit dem die damals noch revolutionäre Sozialdemokratie erdrosselt werden sollte, zu unterlaufen. Was heute als Urban

Gardening bezeichnet wird, war für die ersten Arbeitergenerationen eine materielle, kulturelle und politische Überlebensnotwendigkeit. Auch die Konsumgenossenschaften waren eine gewisse Zeit Hochburg der Linken.

Für den Arzt, Schriftsteller, Vegetarier und Kommunisten Friedrich Wolf waren Ernährungssouveränität, Gartenarbeit und naturnahes Wohnen zusammengehörnde Momente eines selbstbestimmten Lebens. Politikmächtig wurde diese Richtung innerhalb der kommunistischen Bewegung aber nicht. Zwischen der Sicherung der Ernährungssouveränität und den Anforderungen ökologischen Wirtschaftens entstanden im Realsozialismus Widersprüche, die sich als nicht lösbar erwiesen.

In den meisten realsozialistischen Ländern wurde die (mehr oder weniger erzwungene) Kollektivierung und versuchte Industrialisierung der Landwirtschaft nach sowjetischem Muster zum Ausgangspunkt praktischen Handelns und theoretischer Überlegungen. Die in der Theorie spätestens in den 1980er Jahren immer wieder betonte Bedeutung der Landwirtschaft als eines wichtigen Ortes der Reproduktion der Biosphäre fand keine Widerspiegelung im Planungssystem. Es entwickelten sich vielfältige Kooperationsformen, in denen die Anforderungen der Landwirtschaft meist je-

doch von den Vorstellungen der Planer und der Produzenten landwirtschaftlicher Maschinen überrollt wurden.

Allerdings existierten jenseits der angestrebten Großproduktion immer auch individuelle Hauswirtschaften und Kleingärten, die zum Teil einen erheblichen Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion hatten. Der Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) war in der Nahrungsmittelversorgung der DDR durchaus eine Größe.

Es zeigt sich also, dass die Erfahrungen der Linken mit dem Thema höchst problematisch sind. Offensichtlich verbinden sich mit der Frage einer ökologisch, sozial, kulturell, wirtschaftlich und politisch nachhaltigen Landwirtschaft eine Reihe von Fragen, auf die der an der kapitalistischen Industrielwelt geschulte Geist der europäischen Arbeiterbewegung keine tragfähige Antwort fand. Die kompliziertere soziale Struktur des Landes und die offensichtliche Unmöglichkeit, sich aus Naturzusammenhängen zu lösen, hätte eine viel komplexere Politik erfordert, als realisiert wurde.

Lutz Brangsch ist Ökonom und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Foto: Annie Spratt/Unsplash

Eine Frage der Produktionslogik

Was sind Kleinbauern durch eine klassentheoretische Brille betrachtet? Zur Beschreibung landwirtschaftlicher Tätigkeiten und ihrer sozialen Widersprüche Von Vincent Körner

In ihrem Buch „Bauern für die Zukunft“, in dem Silvia Pérez-Vitoria die im globalen Agrarsektor Beschäftigten „auf dem Weg zu einer globalen Bewegung“ beschreibt, lenkt die französische Soziologin den Blick auf ein scheinbares Paradoxon: „Just in dem Augenblick, in dem die Arbeiter-Internationale praktisch verschwunden ist“, seien es „gerade die Bauern, denen man so oft ‚Lokalborniertheit‘ vorgeworfen hat“, die „den Staffelstab übernehmen“.

Das, worauf Pérez-Vitoria hier anspielt, beschäftigt nicht nur an Marx orientierte Forscher seit Langem. Historisch war den Bauern nur eine vorübergehende Rolle „zugewiesen“ worden. Marx selbst hatte die Kleinbauern als politisch amorph und wie „ein Sack von Kartoffeln“ beschrieben, die Skepsis des Alten aus Trier gegenüber der Landbevölkerung war bisweilen so drastisch herablassend wie legendär. Da die Großproduktion als der Kleinproduktion automatisch überlegen betrachtet wurde, ging man recht lange vom baldigen Verschwinden der Kleinbauern und einem sich überall durchsetzenden Trend ihrer Proletarisierung aus.

„Allen Todsagungen zum Trotz gibt es sie immer noch – Grund genug, ihre Rolle in Ökonomie, Politik und Theoriebildung zu überprüfen“, haben dagegen Bastiaan Wielenga

und Alexis Petrioli im „Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus“ zu den Kleinbauern angemerkt, ihr Stichwort zeigt aber zugleich die begrifflichen Schwierigkeiten. Die „Frage der klassenmäßigen Zuordnung“ werde sehr unterschiedlich beantwortet, „wobei historische Differenzen, revolutionspolitische Interessen und entwicklungspolitische Hypothesen eine Rolle spielen“.

Allgemein werden von Wielenga und Petrioli „diejenigen Schichten der Landbevölkerung“ als Kleinbauern subsumiert, „die auf eigenem Land primär für eigene Bedürfnisse arbeitend ihren Lebensunterhalt bestreiten, ohne auf fremde, das heißt außerfamiliäre Arbeitskräfte zurückzugreifen“. Das stellt die Kleinbauern insgesamt sehr in die Nähe des Begriffs Subsistenzbauern, was von anderen Autoren kritisch gesehen wird: Was ist mit kleineren Landwirten, die für lokale Märkte oder Konzernabnehmer produzieren, was mit jenen, die Beschäftigte als Landarbeiter saisonal anstellen?

Es gibt agrarhistorische, soziologische und meist als der Linken nahestehend wahrgenommene „peasant studies“, die in der „Herrschaftsunterworfenheit ein konstitutives Merkmal bäuerlicher Existenz“ sehen. Hier liegt der Fokus weniger auf Fragen des Eigentums an Produktionsmitteln oder der

Aneignung fremder Arbeit. Entscheidend ist vielmehr, dass über Jahrhunderte hinweg die „herrschaftliche Abschöpfung des bäuerlichen Mehrprodukts“ etwa als Zehnt eine Rolle spielt, gegen die sich allerdings immer auch schon Widerstand regte. Das ist bis heute so. Nun engagieren sich Bewegungen von Kleinbauern und Landarbeitern gegen Konzernmacht, Landraub und für selbstbestimmte Ernährung. Der gegenwärtig in Amsterdam lehrende Agrarwissenschaftler Saturnino M. Borrás Jr. nennt es mit Blick auf die Vielfältigkeit dieses Aufbegehrens und auch die Widersprüche dabei „notwendig, die Unterschiedlichkeit und Komplexität der transnationalen ländlichen Bewegungen zu betrachten“.

Schon eine einfache Klassenanalyse zeige deren „Ausdifferenzierung im Hinblick auf ihre Klassenbasis, ihre Ideologie und ihre Politik“, man könne sie also kaum als „einheitliche und homogene Bewegung“ darstellen. Borrás nennt als Beispiel, „dass bestimmte indische Bauernbewegungen letztendlich Bewegungen von reichen Großbauern oder durch diese gesteuert und damit strukturkonservativ sind. Auch wenn sie lautstark gegen städtische oder ausländische Konzerne agitieren, lassen sie die grundlegenden Klassenfragen und die Forderungen der Landlosen

nach Boden und Arbeit links liegen“. Andere Strömungen und Organisationen würden dagegen sehr wohl „die inneren Widersprüche und Gegensätze“ etwa zwischen Bauern und (migrantischen) Landarbeitern zum Thema machen.

Der deutsche Historiker und Klassentheoretiker Karl Heinz Roth verweist darauf, dass es die in den 1970er Jahren sich entwickelnde „gravierende globale Agrarkrise“ gewesen sei, die „zur massiven Freisetzung von Kleinbauern im Süden des Freisystems geführt hat“. Ein Teil „dieser Enteigneten und vom Land Vertriebenen ist auf dem Land geblieben, als Landarbeiter, als Agrarproletarier“, andere wanderten in Städte ab. Eine Proletarisierung im klassischen Sinne ist ihnen dort aber verwehrt, weil nicht mit derselben Dynamik wie in früheren Entwicklungsperioden dort eine Industrialisierung neue Möglichkeiten der Lohnarbeit schafft.

Der britische Sozialwissenschaftler Henry Bernstein hat vorgeschlagen, sich von Kategorien zu verabschieden, die „Kleinbauern“ etwa nach der Hektargröße der bewirtschafteten Fläche einteilen. In seinem 2010 erschienenen Buch „Class Dynamics of Agrarian Change“ setzt er stattdessen auf eine Unterscheidung nach der Produktionslogik. Statt von Kleinbauern wird hier also von Kleinwarenproduzenten ausgegangen, die einer Klassendifferenzierung unterliegen, weshalb Bernstein „von kleinkapitalistischen Bauern, relativ erfolgreichen Kleinwarenproduzenten und Lohnarbeitern“ spricht.

Es gibt erstens bäuerliche Haushalte, die stabile Einkommen erwirtschaften, einen Teil davon als Kapital investieren und so ökonomische Ressourcen akkumulieren. Bernstein spricht hier mit Marx von einer erweiterten Reproduktion. Diese Haushalte würden auch stark auf fremde Arbeitskraft zugreifen. Es



Foto: Tran Phu/Unsplash

gibt zweitens bäuerliche Haushalte, denen es gelingt, ihr Produktionsniveau stabil zu halten – hier herrsche einfache Reproduktion vor, ein erzielter Mehrwert wird privat verbraucht und nicht zur Erweiterung des Geschäfts eingesetzt. Drittens spricht Bernstein von bäuerlichen Haushalten, denen es trotz Landwirtschaft nicht einmal gelingt, daraus das eigene Überleben zu sichern, was oft dazu zwingt, durch Lohnarbeit woanders zusätzliche Einkommen zu erarbeiten.

Bernstein hält generell „eine einfache empirische Verallgemeinerung“ landwirtschaftlicher Tätigkeiten und ihrer sozialen Beziehungen für „unmöglich“. Neben die Produktionslogik treten nämlich noch weitere Faktoren, etwa die Geschlechterdifferenzierung, koloniale Vermächtnisse und die Aktivitäten von Staaten sowie unterschiedliche landwirtschaftspolitische Pfade oder der Einfluss von Konzernen und Marktmechanismen.

„Kleinbauern“ hätten „in den meisten Regionen der Welt keine Lobby, sei es wegen ihrer vermeintlichen Unberechenbarkeit in revolutionären Situationen oder weil sie den Weg zu erhöhter Arbeitsproduktivität durch großflächige industrialisierte Landwirtschaft blockieren“, schreiben Bastiaan Wielenga und Alexis Petrioli in ihrem eingangs genannten Stichwort im „Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus“. Meist werde ihnen von der dominierenden Agrarpolitik die Rolle derer zugewiesen, „die das Feld räumen müssen“.

Silvia Pérez-Vitorias Bild vom „Staffelstab“, den die „Bauern für die Zukunft“ vom „alten Proletariat“ übernommen habe, sehen Wielenga und Petrioli zwar als „offenkundig überschwängliche Rhetorik“. Es bestehe aber „kein Grund, die bisherigen Mobilisierungserfolge kleinzureden“.

„Bäuerinnen dieser Welt“: Ernährungssouveränität und Feminismus

Noch in den 1970er Jahren wurde mitunter von „weiblicher Landwirtschaft“ gesprochen. Der Begriff verwies auf die soziale Basis kleinbäuerlicher Agrarproduktion: Es sind oft vor allem Frauen, die in einer auf Selbstversorgung ausgerichteten Landwirtschaft die zentralen Rollen spielen, als Arbeiterinnen auf den Feldern, als Akteurinnen auf lokalen Märkten, als Trägerinnen von Expertenwissen.

„Wo diese Produktionsweise durch monokulturellen, industriellen Cash-Crop-Anbau abgelöst wird, wo Mechanisierung und Agrochemikalien Einzug halten, bekommt die Landwirtschaft ein maskulines Profil“, schreiben Christa Wichterich und Kalyani Menon-Sen. Auch „deshalb lehnen viele Frauen die Einbindung in Entwicklungsprojekte und transnationale Wertschöpfungsketten ab“.

2013 verabschiedete die Frauenversammlung der La Vía Campesina-Tagung im indonesischen Jakarta das „Women of Vía Campesina International Manifesto“, in dem von den „Bäuerinnen dieser Welt“ die Rede ist, die um die „Verteidigung der bäuerlichen Landwirtschaft, der biologischen Vielfalt, unserer natürlichen Ressourcen“ ringen.

Schon 2007 war im Zuge der Erklärung von Nyéléni auch eine eigene „Women’s Declaration on Food Sovereignty“ verabschiedet worden, in der Frauen als „historische Schöpferinnen von Wissen in Landwirt-

schaft und Ernährung“ und „derzeit die wichtigsten Hüterinnen der biologischen Vielfalt und des Saatguts“ bezeichnet werden, die „umso mehr von neoliberalen und sexistischen Politiken betroffen“ seien.

Im Unterschied zu liberal-feministischen Ansätzen gehe es beim „feminismo campesino y popular“ meist nicht um individuelle Besitztitel für Frauen, sondern um kollektive Landrechte, so Wichterich und Menon-Sen. Der Abwehrkampf vieler Kleinbäuerinnen kollidiere „mit der ganz alltäglichen sexuellen Gewalt, der Bäuerinnen in traditionellen Gemeinschaften unterworfen sind“. Innerhalb von La Vía Campesina wurde eine Kampagne gegen häusliche Gewalt und gegen Sexismus von Männern in dem Netzwerk gestartet.

Wichterich und Menon-Sen sehen als Kern des Aufbegehrens von Kleinbäuerinnen keineswegs eine Idealisierung von Souveränität oder eine Romantisierung von ländlicher Subsistenz als „traditioneller“ Lebensweise. Es gehe ihnen bei der Verfolgung von ganz unterschiedlichen und nicht immer progressiven Ansätzen „um eine Politik der Anerkennung und eine Politisierung der abgewerteten Frauenarbeit“. Dies sei „politisch-analytisch und strategisch bedeutsam, um die Verbundenheit von patriarchaler und kapitalistischer Herrschaft in den Blick zu rücken“.

Weltagrarhandel

Kleinbauern, der ABCD-Komplex und die Macht einer Handvoll Konzerne Von Stephan Kaufmann

Der Weltagrarhandel wird von einer Handvoll Konzerne dominiert, die zu gigantischer Größe angewachsen sind. Die zehn größten Konzerne beherrschen im Sektor Saatgut nun drei Viertel des Weltmarkts, in der Agrochemie 84 und bei Landmaschinen 65 Prozent.

Den globalen Handel mit Agrargütern besorgen seit Langem im Wesentlichen vier Konzerne: ADM, Bunge und Cargill aus den USA sowie Dreyfus aus Frankreich. Auch bekannt als ABCD-Komplex, dominieren diese vier unter anderem den Handel mit den wichtigsten Agrargütern Weizen, Mais und Sojabohnen. Ihr Weltmarktanteil liegt laut Schätzungen bei 70 Prozent.

ABCD finanzieren Ernten vor, kaufen sie auf, transportieren und vermarkten die Ware, sie beliefern die Landwirte mit Samen und Düngemitteln und haben dazu Kooperationsabkommen mit den großen Agrochemie- und Saatgut-Konzernen geschlossen.

Diese Konzerne treten Millionen von Bauern als mächtige Nachfrager gegenüber. „Farmer werden immer abhängiger von einer Handvoll Lieferanten und Abnehmer“, beklagt das Expertenpanel IPES. Denn aufgrund ihrer Marktmacht können die Großhändler den Produzenten vielfach Preise, Mengen und Qualität der Ware diktieren.

Die Macht der Konzerne resultiert aus den Schwierigkeiten, Naturprodukte zu kapitalistischen Geschäftsmitteln zu machen. Das Geschäft des Bauern ist lokal, er bleibt an den Boden gebunden. Standortverlagerungen wie in der Industrie sind kaum möglich. Den zumeist kleinen Produzenten ersparen die Handelsgiganten die Kosten für Vertrieb und Vermarktung und öffnen ihnen den Weltmarkt als Absatzsphäre. ABCD kaufen Weizen und Soja in riesigen Mengen von vielen Bauern auf, la-

gern und verschiffen sie dorthin, wo Nachfrage besteht und können diese Nachfrage in den gewünschten Mengen decken.

Das Produkt des Bauern ist zudem abhängig von den Launen der Natur, also von Wetter, Boden und Schädlingsbefall. Es braucht viel Zeit zu wachsen, was den Kapitalumschlag der Bauern verlangsamt. So droht dem Bauern stets ein doppeltes Risiko: Fällt die Ernte schlecht aus, sinkt das Angebot und damit möglicherweise der Ertrag. Fällt die Ernte dagegen sehr gut aus, drohen Überangebot und Preisverfall so wie seit 2013.

Permanente Ertragsrisiken

Ergebnis sind die für die Rohstoffmärkte typischen heftigen Preisschwankungen, die die Finanzwelt zur Spekulation einladen und die Bauern permanenten Ertragsrisiken aussetzen – bei der Aussaat wissen sie nicht, wo zum Zeitpunkt des Verkaufs der Marktpreis liegt. Diese Ertragsrisiken nehmen die Agrargroßhändler den Bauern zum Teil durch festgelegte Preise und Liefermengen ab.

Um die Erträge abzusichern, spekulieren die Handelskonzerne eifrig an den Warenterminbörsen, klären Abnahme- und Lieferpreise im Voraus ab und machen aus der Spekulation eine eigene Profitquelle. Um von den Preissprüngen zu profitieren, sind sie in denkbar guter Lage, verfügen sie doch durch den Kontakt zu den Lieferanten und die Beherrschung des Rohstoffmarktes über einen uneinholbaren Informationsvorsprung gegenüber den Mitspekulanten aus dem Banken- und Investmentfondsbereich.

Kapitalgröße und Marktdominanz sind im herrschenden Wirtschaftssystem für alle Unternehmen nützlich. Im speziellen Fall des Agrarsektors erwächst die Marktmacht der

ABCD-Gruppe aus den besonderen Schwierigkeiten, Naturprodukte zu kapitalistischen Geschäftsmitteln zu machen. Sie öffnet den lokalen Produzenten einen globalen Absatzmarkt. Oder – wie im globalen Süden typisch – die Produktion wird von vornherein durch die Agrarhändler zwecks globaler Vermarktung organisiert.

In beiden Fällen setzt die ABCD-Gruppe die Hersteller rund um den Globus zu bloßen Zulieferern herab und unter dauernden Kostendruck. Schrumpfende Preise und Gewinnspannen zwingen die Bauern zur stetigen Effektivierung der Produktion. Für sie bedeutet das permanente Geldknappheit und einen steigenden Bedarf an Genpflanzen, Pestiziden, Wachstumsbeschleunigern und Maschinen. Dieser Bedarf wiederum treibt sie in die Arme der Agro-Technik-, Agrochemie- und Saatgut-Konzerne und zwingt sie zur Ausdehnung der bebauten Flächen. All dies zeitigt die entsprechenden Schäden für Umwelt und produzierte Güter.

Die Macht der ABCD-Gruppe wird in jüngster Zeit allerdings herausgefordert. Zum einen durch neue Konkurrenten etwa aus China. Andere asiatische Konzerne schließen sich zusammen und kaufen insbesondere in Brasilien die Ernten auf. Finanzinvestoren wie Hedgefonds wiederum bauen in Südamerika eigene Farmen auf. Dazu kommt die seit einigen Jahren hartnäckige Überproduktion, die die Preise drückt. Rund 800 Millionen Menschen weltweit leiden an chronischer Unterernährung, derweil »ertrinkt die Welt in Getreide«, so Reuters. Das führt zu Einnahmeausfällen bei den Bauern, aber auch bei den Großhändlern, die Milliarden in ihre Infrastruktur investiert haben. Daran folgen Übernahmen und die Konzentration schreitet auch bei den Handelsriesen voran.

Wo Fünf- bis Elfjährige schufteten müssen: Kinderarbeit in der Landwirtschaft

Zunächst eine Nachricht, bei der es schwerfällt, von einer guten zu sprechen – aber immerhin: Die Zahl der Kinderarbeiter ist laut der Organisation Unicef weltweit seit dem Jahr 2000 recht deutlich von 246 Millionen auf 152 Millionen gesunken. Diese Heranwachsenden müssen unter Bedingungen arbeiten, die sie ihrer elementaren Rechte und Chancen berauben. Rund die Hälfte dieser Kinder wird unter gefährlichen Bedingungen ausgebeutet – sie schufteten in Minen, in Fabriken oder in Privathaushalten.

Allerdings ist der Rückgang in den letzten Jahren langsamer geworden. Die meisten Kinder arbeiten in der Landwirtschaft (70,9 Prozent) – vor allem in Afrika. Im Agrarbereich ist auch der Anteil der jüngsten Kinder besonders hoch: 34,8 Prozent der gefährlichen Kinderarbeit werden von Heranwachsenden im Alter von fünf bis elf Jahren erledigt. Im Industrie- und Dienstleistungssektor ist diese Altersgruppe mit etwa 12 Prozent deutlich weniger betroffen. Ein aktueller Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation ILO prangert die Zustände in der Kinderarbeit

in der Landwirtschaft an. So macht sich vor allem der Umgang mit Pestiziden als große Gesundheitsgefahr bemerkbar. Untersuchte Jugendliche in Ägypten, die solche Stoffe ausbrachten, zeigten lang anhaltende Schädigungen der Lungenfunktion und neurologische Auffälligkeiten. Laut Daten aus Äthiopien, dem Niger, Nigeria und Tansania müssen Kinder in den dortigen Landwirtschaften ebenso hart arbeiten und gefährliche Tätigkeiten ausüben wie Erwachsene. Weitere Studien zeigten zudem den negativen Einfluss der Kinderarbeit auf die Bildung.

Die ILO nannte es eine große Herausforderung, dass viele Familienbetriebe stark auf unbezahlte Kinderarbeit angewiesen seien. Laut internationalen Übereinkommen über das Mindestalter und die Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit soll kein Kind unter 18 Jahren gefährliche Arbeiten verrichten. Der Rückgang der Gesamtzahlen verläuft viel zu langsam. Aktuelle Prognosen zufolge werden 2025 immer noch 52 Millionen Kinder so ausgebeutet werden, wenn sich die bisherige Tendenz einfach so fortsetzt.



Foto: Ardiss Hutaff/unsplash

Das ist der Treibstoff der Bewegungen

Steffen Kühne über Widersprüche in den Kämpfen um Ernährungssouveränität, Nahrung als politische Frage und die Rolle der Technik für eine alternative landwirtschaftliche Produktion

Der Begriff ist etwas sperrig – wann hast du eigentlich das erste Mal von Ernährungssouveränität gehört?

Steffen Kühne: Das ist noch gar nicht so lange her, vielleicht sechs oder sieben Jahre. Mit haben damals Leute von La Vía Campesina erzählt, der internationalen Bewegung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Landarbeiterinnen und Landarbeitern. Ich komme aus einer linken Tradition, die der Modernisierung der Agrarproduktion eher aufgeschlossen gegenüberstand und sich gegen eine Verklärung angeblich besserer, alter Zustände wandte. Der Fortschritt wird auch den Kleinbauern was bringen, so dachte ich damals.

Und das war falsch?

Nicht grundsätzlich. Aber ich habe damals besser verstanden, was La Vía Campesina macht, dass diese Form der Selbstorganisation und die dahinter stehenden Ideen es lohnen, sich damit auseinanderzusetzen. Andere sind schon viel früher darauf gekommen.

Wie kann man die Idee „Ernährungssouveränität“ in drei Sätzen erklären?

Es geht um die Demokratisierung des Ernährungssystems, also darum, dass Menschen selbst darüber entscheiden können, was sie essen und wie das hergestellt wird. Es geht um die Rückgewinnung von Kontrolle über einen zentralen Aspekt des eigenen Lebens, um die Grundversorgung von Bedürfnissen, die nicht der Macht von Agrarkonzernen überlassen werden soll. Es geht also um die Wiedergewinnung von gesellschaftlicher Macht. Ernährungssouveränität hat dabei einen starken Praxisbezug: Die Idee kommt von Leuten, die sich als Kleinbauern und Landarbeiter ihr Leben wieder aneignen wollen.

Klingt ein bisschen so, als sollten Kleinbauern das neue historische Subjekt der Linken werden? Die Frage ist, ob sie das nicht schon sind. In weiten Teilen der Welt besteht die Bevölkerung mehrheitlich aus Kleinbauern und



Foto: privat

Steffen Kühne ist Referent für Sozialökologischen Umbau und Vizedirektor der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mit ihm sprach Tom Strohschneider.



Ernährung sichern

Im Bundesstaat Odisha im Osten Indiens leben einige der ärmsten Gemeinschaften der Welt. Die bedrohliche Nahrungsmittelknappheit in dieser Region motivierte Debjeet Sarangi, „Living Farms“ zu gründen. Auf der Suche nach geeigneten Wegen, den dort lebenden Menschen zu helfen, verbrachte er acht Jahre zusammen mit traditionellen Kleingesellschaften und sammelte als Landwirt Erfahrungen im ökologischen Anbau.

Seither versucht „Living Farms“, forstabhängigen Gemeinschaften, landlosen Landarbeiter*innen, Kleinbäuer*innen sowie der indigenen Bevölkerung ein Leben in Würde zu ermöglichen – über Modelle für eine nachhaltige Agrarwirtschaft. Heute verwenden die Bauern Bio-Saatgut und natürliche Düngemittel, betreiben eine gemeindeeigene organische Saatgutbank, benutzen Konzepte für Hybridsaatgut und bauen Multikulturen statt Monokulturen an. Nährstoffreiche, nicht kultivierte Waldfrüchte wurden etabliert, Nutzpflanzenvielfalt, Langzeitsaatgut und hauseigene Gärten für den Eigenanbau sollen vor allem in den regenarmen Monaten Nahrungssicherheit gewährleisten. Auch der Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt ist „Living Farms“ ein wichtiges Anliegen. Hierfür wurden eigens Forstschutzzaunstrukturen errichtet, und mittels Baumschulen und Plantagen werden degradierte Waldflächen regeneriert.

Als Ergebnis dieser Arbeit hat sich die Situation für die Menschen in Odisha stark verbessert. „Living Farms“ unterstützt zudem die indigenen Advasi dabei, ihre jahrhundertalte Verbindung zu den Waldökosystemen wiederherzustellen und dabei auf traditionelles Wissen zurückzugreifen.

Living Farms, Ernährungssicherheit und -souveränität, 2005 gegründet, Odisha (Indien), living-farms.org

Landarbeitern. Für viele ist das ein Leben, das sie auch mit Stolz und Selbstbestimmung verbinden, nicht nur mit Zwang und Elend. Die wollen auch keineswegs alle in die Metropolen. Nun rollt aber eine gewaltige Welle agrarkapitalistischer Modernisierung über die Welt, Millionen Menschen werden so in etwas Neues gestürzt, dabei oft entrechtet und vertrieben. Viele von denen kämpfen nun unter der Fahne der Ernährungssouveränität für ihre völlig berechtigten Interessen und wollen an Veränderungsprozessen teilhaben, sie in ihrem Sinne gestalten. Das sollten Linke unterstützen. Wenn wir den Gedanken von Demokratie und Selbstbestimmung ernst meinen, dann muss man die Menschen fragen, worum es ihnen geht. Und in vielen Teilen der Welt ist das eben ländliche Bevölkerung, die in der primären Agrarproduktion arbeitet.

Gibt es da eine Zahl, die die Größenordnung vorstellbar macht?

Es gibt da ganz verschiedene Statistiken, je nachdem, wer dazugerechnet wird. Die Internationale Arbeitsorganisation spricht von weltweit 1,1 Milliarden Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, davon sind diesen Daten zufolge 40 bis 50 Prozent abhängig beschäftigt.

Allein das verweist auf Unterschiede innerhalb dieser Gruppe.

Genau, Kleinbauern leben ja nicht unbedingt im Elend. Sie verfügen häufig noch über Boden, das heißt, sie sind gegenüber den abhängig Beschäftigten ohne Grundbesitz noch in einer quasi privilegierten Situation. Landlose in Indien dagegen sind in einer ganz anderen Situation.

Und im globalen Norden?

Selbst bei den kleineren Höfen würden wir hier nicht von Kleinbauern sprechen. Selbst die sind meist ja auch schon das Ergebnis von Konzentration. Kleinbauer ist also auch ein politischer Begriff, der Menschen zusammenbringt, die ähnliche Interessen haben. Und die angehen.

Gibt es Kleinbauern, die andere Menschen als Landarbeiter ausbeuten?

Natürlich, auf verschiedene Weise sogar. Das geht bei der Selbstausschöpfung los, die in weiten Teilen der Welt die bäuerliche Landwirtschaft bestimmt und die ganze Familie in die Produktion zwingt. Andere Kleinbauern beschäftigten Arbeitskräfte. Man kann den Faden noch weiter spinnen und sich die Frage stellen, ob ein Lohnabhängiger hierzulande, der eine Bayer-Aktie zur Altersvorsorge gekauft hat, nicht auch Nutznießer des agrarkapitalistischen Ausbeutungsmodells ist. Weltweit treiben zudem sehr viele Menschen Landwirtschaft im Nebenerwerb, die gehen also noch einer anderen abhängigen Beschäftigung nach. Die Grenzen verschwimmen.

Führt das innerhalb der Bewegungen, die sich für Ernährungssouveränität einsetzen, nicht auch zu Konflikten?

Es gibt natürlich unterschiedliche Ansichten. Und es gibt auch mal harte Debatten. Aber diese Widersprüchlichkeit, etwa zwischen den Interessen von Landlosen und denen von Kleinbauern auf eigener Scholle, ist selbst ja auch Motiv und Treibstoff der Bewegungen. Die Bäuerinnen und Bauern klären in der Praxis, was Ernährungssouveränität ist. Und die Praxis ist immer voller Widersprüche.

Ich will noch einmal auf das Verhältnis von Modernisierung und Bewahrung zurückkommen. Propagiert und verteidigt Ernährungssouveränität nicht unter dem Strich doch ein Bild der ländlichen Idylle, das in Wahrheit anachronistisch ist?

Manchmal: natürlich. Das gehört zu den Widersprüchen. Jede Bewegung braucht ein Narrativ und unter denen, die sich für Ernährungssouveränität stark machen, sind viele, die bäuerliche Existenz gegen Abwertung zu verteidigen versuchen und dabei durchaus Verklärung betreiben. Wenn etwa gesagt wird, es seien die Bäuerinnen und Bauern, die die Welt ernähren – dann verschwindet in diesem Bild mitunter auch, was an den Verhältnissen oft nicht so schön ist, unter denen diese Ernährungsproduktion stattfindet, welche Vorstellungen etwa von Geschlechterrollen mitunter gelebt werden. Da braucht es Aufklärung, das muss hinterfragt werden. Das ist aber in jeder anderen politischen Auseinandersetzung auch so.

Grundfragen progressiver Kultur und Werte zerreißen auch hierzulande manche Bewegung. Man muss sich aber auch einmal die unterschiedlichen Perspektiven klarmachen. Wir hier im Norden leben in einer Gesellschaft, in der kaum noch jemand Nahrungsmittel produziert. Ernährungssouveränität ist also in Berlin oder Buxtehude für die allermeisten eine Frage des Konsums und der ökonomischen Voraussetzungen dazu. Wer kann sich warum nur das schlechte Essen leisten? Die verbliebenen Produzierenden kannst du hierzulande kaum noch zum alleinigen Ausgangspunkt von Kämpfen gegen den Agrarkapitalismus machen, auch wenn es natürlich sehr engagierte bäuerliche Netzwerke gibt. Im globalen Süden sind die Produzierenden oft die Mehrheit. Es geht also eher darum, auf verschiedenen Ebenen Bündnisse möglich zu machen: zwischen Nord und Süd, zwischen Produzenten und Konsumenten. Das sind die Verbündeten, die du brauchst, wenn du was verändern willst. Die Erklärung von Nyéléni von 2007 gehört (siehe Kasten Seite 17) zu den Versuchen, breitere Kreise in das Engagement für Ernährungssouveränität einzubeziehen.

Die einen sagen, die Bauern ernähren die Welt. Man hört oft etwas anderes: Die Konzerne ernähren die Welt. Was ist daran falsch?



Foto: Joerg Steber/shutterstock.com

Einen Lehmziegel auf den anderen: die Erklärung von Nyéléni

„Wir, mehr als 500 Delegierte aus über 80 Ländern, haben uns in Mali im Dorf Nyéléni versammelt, um die weltweite Bewegung für Ernährungssouveränität zu stärken. Wir vertreten Organisationen der Bäuerinnen und Bauern, traditioneller Fischer, indigener Völker, der Landlosen, der LandarbeiterInnen und MigrantInnen, der Hirtenvölker, der Gemeinschaften, die in Wäldern leben, der Frauen, Jugendlichen, KonsumentInnen, sowie der städtischen Bevölkerung und Umweltbewegungen. Wir leben unsere Vision, indem wir einen Lehmziegel auf den anderen setzen. In Nyéléni haben wir in Hütten gewohnt, die aus ungebrannten Ziegeln, Bambus und Reisstroh errichtet wurden. Unser tägliches Essen bestand aus Nahrungsmitteln, die die Dorfgemeinschaft Sélingué erzeugt und für uns zubereitet hat. Wir haben unser gemeinsames Bestreben ‚Nyéléni‘ getauft, um eine legendäre malische Bäuerin zu würdigen, eine Frau, die außergewöhnliche Leistungen in der Landwirtschaft erbracht hat.“

Mit diesen Worten beginnt die Erklärung von Nyéléni. Die Magna Charta der Ernährungssouveränität wurde im Februar 2007 in Mali bei einem internationalen Forum verabschiedet. Eingeladen hatten dazu

La Vía Campesina und acht weitere Organisationen, die Idee strahlte weltweit aus – inzwischen hat es viele internationale und regionale Nyéléni-Foren gegeben. 2016 trafen sich zum Beispiel über 500 Delegierte aus 40 Ländern im rumänischen Cluj-Napoca, um Strategien für ein zukunftsfähiges Ernährungs- und Landwirtschaftssystem zu entwickeln. Seit 2014 ist das Nyéléni-Netzwerk als Plattform unterschiedlicher Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen auch in der Bundesrepublik engagiert.

Ernährungssouveränität wird in der Erklärung als „das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen“ definiert, die Bedürfnisse von Produzenten und Konsumenten sollen im Mittelpunkt stehen, nicht die „der Märkte und der transnationalen Konzerne“. Ernährungssouveränität gilt auch als „Strategie des Widerstandes und der Zerschlagung derzeitiger Handels- und Produktionssysteme, man bilde und stütze „neue soziale Beziehungen ohne Unterdrückung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Völkern, ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Generationen“.

nyeleni.de nyeleni.org

Ohne lebendige Arbeit läuft auch in der Agrarproduktion nichts, der ganzen Industrialisierung zum Trotz. Oft kaufen zudem die Konzerne bäuerliche Produkte auf und speisen sie in ihre Wertschöpfungsketten ein. Es gibt Experten, die rechnen vor, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung von bäuerlicher Landwirtschaft ernährt werden. Aber es geht ja auch nicht nur um Mengen, sondern um die Qualität und die Art des Produzierens, die wir wollen.

Angesichts des immer noch enormen Hungers wird immer auch die Frage der Produktivität der Nahrungsmittelproduktion ins Feld geführt – oft mit dem Hinweis verbunden, steigende Bevölkerungszahlen ließen sich nur noch mit industriellen und chemisch verbesserten Methoden ernähren.

Wie viele am Ende satt werden, liegt erstens nicht an der Produktivität, sondern an der Verteilung, also daran, wer was von dem bekommt, das hergestellt wird. Zweitens gibt es viele Gründe, die negativ auf die Produktivität durchschlagen können – politische Regimes, unsinnige Agrarreformen, der Klimawandel. Und drittens ist die bäuerliche Agrarproduktion, was die Erträge pro Fläche angeht, oft sogar deutlich effektiver. Der Grund ist einfach: Wer seinen Boden besser kennt, wer sich mit klimatischen Bedingungen seiner Region gut auskennt, wer die Auswahl bei noch nicht zu Tode gezüchteten Pflanzen hat, kann anders produzieren. Bestimmte Produktionsmodelle der Agrarwirtschaft, die dem globalen Süden als Rettung verkauft werden, zerstören dagegen die Grundlage einer selbstbestimmten Nahrungsproduktion – zum Beispiel den Boden, die Fauna und so weiter. Mit Glyphosat kann ich die Erträge kurzfristig stark erhöhen, aber die mittelfristigen Folgen sind fatal.

Es hat etwas mit den Folgen agrarkapitalistischer Expansion bei gleichzeitigem Wachsen kritischer Haltungen der Verbraucher zu tun, dass das Wort „industriell“ heute fast als ein Schimpfwort gilt.

Ja, es ist auch zu einem Kampfbegriff geworden. Zum Teil hat das seine Berechtigung. Aber man muss auch fragen: Was soll überhaupt nicht-industrielle Agrarproduktion sein? Der Bauer mit der selbstgebauten Hacke ist jedenfalls kein Zukunftsmodell.

Was dann?

Wir sagen, Landwirtschaft soll ökologisch sein, alle sollen satt werden, die Natur soll nicht zerstört werden, es sollen faire Arbeitsbedingungen herrschen. Und das führt zu der Frage, wie man das aktuelle agrarkapitalistische System umstellen kann. Hier kann auch die Industrialisierung bestimmte Chancen bieten. Ob man ökologisch oder solidarisch wirtschaften sollen, hängt ja nicht einzig von den Maschinen ab, sondern viel eher vom Zustand der Demokratie im Betrieb, von den Grundsätzen und Zielen, die man verfolgt, von den Eigentumsformen.

Hier finden sich Parallelen zu den Debatten über Automatisierung und Digitalisierung. Genau. Wenn man kleine Roboter entwickeln könnte, die recycelbar und solarbetrieben Kartoffelkäfer absammeln, könnten große Trecker, die irgendwelche Chemikalien versprühen sollen, auf dem Hof bleiben. Das ist jetzt nur ein Beispiel. Richtig ist aber auch, dass die Präzisionslandwirtschaft, die gerade als das neue große Ding verkauft wird, eine große Lüge bleibt, solange die Fragen nach Eigentum und Demokratie nicht beantwortet sind.

Die Fragen verlagern sich aber nun stärker auf die Ebene von Daten.

Auch für die Agrarproduktion gilt, wer die Daten hat, die etwa Präzisionslandwirtschaft und den punktgenauen Einsatz angepasster Pestizide ermöglichen, wird die Macht über die Herstellung und damit über die Erzeugnisse und damit über das Essen, unser Essen haben. Bleibt diese Macht dem Primat der Verwertungslogik verpflichtet, wird sich bald eine existenzielle Frage für die Mensch-

heit stellen. Es ist nämlich etwas anderes, ob man es mit Netflix oder Google zu tun hat, die „nur“ unsere Kommunikation, das Wissen und Teile der Kultur beherrschen. Es geht hier um unsere Ernährung, die man nicht einer Handvoll Konzerne überlassen darf.

Ich komme noch mal auf die Begriffe zurück: Souveränität kennen wir hier eher aus Debatten, mit denen versucht wird, eine letzten Endes nationalistische Perspektive durchzusetzen. Ich will hier keine Begriffe verteidigen, mir geht es um Konzepte. Die Idee der Ernährungssouveränität wurde nicht im europäischen Raum entwickelt, es geht um ganz andere Zielsetzungen als etwa in Diskussionen um „nationale Souveränität“. Es geht um eine breite Partizipation der Produzenten von Nahrungsmitteln an den Entscheidungen über diese Produktion.

An wen adressieren die Bewegungen für Ernährungssouveränität ihre Forderungen? Auch wenn Selbstorganisation an sich schon ein wichtiger Aspekt ist, bleibt richtig: Sobald du Rechte forderst, bleibst du entweder völlig abstrakt oder du musst Staaten in den Blick nehmen. Rechte, die du nicht einklagen kannst, sind ein Witz und einklagen kannst du Rechte meist nur, wenn es dazu Vorschriften gibt oder Staaten sich transnational darauf verständigt haben. Wir müssen also knallhart an Politik und Gesetzgebung ran.

Helfen Hebel wie Fairtrade-Siegel?

Was heißt es eigentlich, wenn auf einem Produkt „Fairtrade“ draufsteht? Dass alle anderen Produkte mindestens unfair produziert wurden. Das ist ein nicht zu akzeptierender Zustand. Und es ist wichtig, dass sich die Konsumentinnen und Konsumenten nicht nur über ihren Geldbeutel begreifen, also darüber, was sie sich leisten können. Ernährung ist eine politische Frage und wir alle sind politische Subjekte. Wir müssen den Arsch hochkriegen und dafür sorgen, dass die Verhältnisse sich ändern.

senschaftlern, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der Politik wird nach Antworten auf aktuelle Fragen gesucht wie: Welche Alternativen gibt es zu Monopolisierung von Marktmacht und Finanzialisierung in Ernährungssystemen, wie lassen sie sich durchsetzen?

Ziel der Arbeit der Stiftung in diesem Dialogprogramm ist ein Politikwechsel: Statt auf rigorosen „Freihandel“, die Verbreitung von Technologiepaketen transnationaler Agrochemiekonzerne und die Integration weniger Agrarbetriebe in die regulierten Lieferketten von Supermarkt- und Nahrungsmittelkonzernen sollen Staaten auf alternative Strategien setzen – von der Förderung von Partnerschaften zwischen Forschung und Bauernschaft über die Entwicklung von agrarökologischen Ansätzen und den Aufbau von Infrastruktur zur Stärkung von informellen Binnenmärkten bis zur Bereitstellung neuer Technologien als Gemeingüter.

Von Johannesburg in die Welt: das Dialogprogramm Ernährungssouveränität

2017 startete die Rosa-Luxemburg-Stiftung das Dialogprogramm Ernährungssouveränität. Die Koordination ist im Büro in Johannesburg angesiedelt, Schwerpunkte der Arbeit liegen in Südafrika und in Sambia. Was heißt „Dialogprogramm“? Man unterstütze den Austausch von sozialen Bewegungen in Zusammenarbeit mit anderen Stiftungsbüros etwa in Brüssel, Indien und Ostafrika, heißt es bei der Stiftung.

Drei Themen stehen dabei Mittelpunkt: erstens Fragen der Saatgutpolitik, da in vielen Ländern derzeit im Zuge von Gesetzesänderungen die Konzerninteressen vor bäuerliche Rechte gestellt werden. Zweitens Arbeitsrechte in der Landwirtschaft: Weltweit sind rund 500 Millionen Menschen lohnabhängig in der Landwirtschaft beschäftigt. Da gewerkschaftliche Organisation im ländlichen Raum eigene Ansätze und Strategien erfordert, geht es hier vor allem um Vernetzung. Drittens die Agrar- und Ernährungspolitik: Im Dialog mit kritischen Wis-

Gewerkschaften vernetzen

Der Internationale Gewerkschaftsbund IGB vertritt rund 202 Millionen arbeitende Menschen in 331 Organisationen aus 163 Ländern und Territorien. Er kooperiert eng mit anderen Verbänden wie der weltweit agierenden Internationalen Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter, die international IUF abgekürzt wird. Diese wurde 1920 gegründet und vereint derzeit rund zwölf Millionen Mitglieder aus insgesamt 324 Gewerkschaften und 120 Ländern – mit dabei sind die deutsche Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten sowie die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt.

Die von der IUF organisierten Mitglieder kommen aus den Bereichen Landwirtschaft und Plantagen, sie sind in der Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln und Getränken beschäftigt, arbeiten in Hotels, in der Gastronomie, im Tourismus oder in der Tabakverarbeitung. Worum geht es? Um gut bezahlte, sichere und gesunde Arbeitsplätze, um Gleichstellung, Vielfalt und Solidarität, um gesunde Ernährung und um Menschen- sowie Gewerkschaftsrechte.

Erst im vergangenen Sommer musste die IUF einen neuen Höchststand der Gewalt gegen Menschen beklagen, die sich für Land- und Umweltrechte einsetzen. Die Agrarwirtschaft habe den Bergbau als für Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen gefährlichsten Sektor abgelöst, allein im Jahr 2017 seien 46 Aktivist*innen ermordet worden.

IUF International Union of Food, Agricultural, Hotel, Restaurant, Catering, Tobacco and Allied Workers' Associations, Gewerkschaftsarbeit, 1920 gegründet, Genf, www.iuf.org



Mitbestimmung organisieren

Alles begann mit einer kleinen Gruppe von Wanderarbeitern aus Nordwest-Ohio, die sich 1967 zusammenschlossen, um gegen unfaire Verhältnisse in der Tomaten-Landwirtschaft vorzugehen. Einer von ihnen, Baldeemar Velasquez, hatte als Wanderarbeiter seit seinem sechsten Lebensjahr auf den Feldern gearbeitet.

Die Organisationsarbeit war zunächst mühselig, 1978 wurde das FLOC (Farm Labor Organizing Committee) durch einen Boykott des Konservenherstellers Campbell Soup Company bekannter. Später konnten auch Verträge mit anderen Weiterverarbeitern und Produzenten erreicht werden. Acht Jahre dauerte der Kampf, der unter anderem von Streiks und einem 600-Meilen-Marsch von Toledo, Ohio, nach Camden, New Jersey, begleitet wurde.

Heute besteht die FLOC-Bewegung aus mehreren Tausend Mitgliedern: Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben sollen durch die Bildung von Gewerkschaften die Möglichkeit bekommen, mitzuentcheiden und kollektiv gegenüber den Unternehmen aufzutreten. Vieles hat sich durch den Einsatz von FLOC bereits enorm gewandelt: Löhne sind gestiegen, Wohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen haben sich verbessert. Auch für migrantische Kolleg*innen hat FLOC vieles erreicht. Die Bildung von Gewerkschaften gab diesen Menschen ein Mitbestimmungsrecht und beteiligte sie bei Themen wie Gesundheitsfürsorge und Transport in ihre Heimatgebiete in Mexiko. Heute ist FLOC vor allem mit der Organisation von Zehntausenden von Tabakbauern im Süden der USA befasst.

FLOC Farm Labor Organizing Committee, Gewerkschaftsarbeit, 1967 gegründet, Ohio (USA), www.floc.com



Land besetzen

Landbesitz ist in kaum einem anderen Staat so ungleich verteilt wie in Brasilien: 1,6 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe kontrollieren fast 50 Prozent der nutzbaren Flächen, wovon wiederum 60 Prozent als Spekulationsobjekte brachliegen. Auf 20 Großgrundbesitzer kommen 20 Millionen Hektar Land – während 3,3 Millionen Kleinbäuer*innen zusammen ebenso viel besitzen.

Schätzungsweise 4,5 Millionen Menschen sind auf der Suche nach Land. Die Bemühungen diverser brasilianischer Regierungen, eine wirksame Agrarreform auf den Weg zu bringen, waren bisher völlig unzureichend. Ohne die Bewegung der Landlosen MST, die heute mit 1,5 Millionen Mitgliedern die größte soziale Bewegung Lateinamerikas ist, wäre die Situation noch dramatischer.

Die MST besetzt ungenutztes Land und verbindet dies häufig mit der Forderung nach Enteignung der bisherigen Besitzer. Aktionen richten sich zudem gegen schlechte Arbeitsbedingungen, Dumpinglöhne und umweltschädliche Techniken in der Landwirtschaft.

Bei den Landbesetzungen werden zuerst Camps errichtet, in denen einige landlose Familien untergebracht werden. Anschließend wird in Prozessen gegen die Landbesitzer versucht, die Unrechtmäßigkeit des Besitzes aufzudecken. Im Erfolgsfall werden Siedlungen gebaut, die dann in Produktionsgemeinschaften die Bewirtschaftung der Güter gemeinsam verwalten.

Bis heute hat die MST für über 400.000 Familien Land erkämpft. Die Bewegung erhielt 1991 den Alternativen Nobelpreis.

MST Movimento dos Sem Terra (Bewegung der Landlosen), Landreform, Produktionsgemeinschaften, gegründet 1984, Brasilien, www.mst.org.br

Wenn wir unsere Lebensweise ändern

Wie ernährt man zehn Milliarden? Und welche Folgen haben Lebensmittelimporte für arme Staaten? Von Kathrin Gerlof und Vincent Körner

Studien zeigen, dass die gegenwärtige Lebensmittelproduktion ausreichen würde, um eine bis 2050 auf über 9,7 Milliarden Menschen angewachsene Weltbevölkerung gesund und nachhaltig zu ernähren. Allerdings müsste sich dazu einiges gravierend ändern.

„We can feed the world if we change our ways“, heißt es bei der englischen Lancaster University: Wir können die Welt ernähren, wenn wir unsere Lebensweise ändern. Für eine aktuelle Studie haben Forscher die Daten der Welternährungsorganisation FAO, Nährstoffbilanzen und Zahlen zur Tierhaltung ausgewertet. Ein großes Problem sei, dass „die industrialisierte Produktion von Fleisch und Milchprodukten“ aktuell darauf basiere, „34 Prozent der Kalorien aus Pflanzen, die für die menschliche Ernährung geeignet sind, weltweit an Tiere zu verfüttern“. Dies sei „hochgradig ineffizient“ und schmalere die Energie-, Eiweiß-, Eisen- und Zinkversorgung von Menschen aus pflanzlichen Produkten.

Zwar blieben Fleisch- und Milchprodukte für die Ernährung von jenen Menschen von Bedeutung, die sonst keinen Zugang zu einer ausgewogenen Ernährung haben. Für ein nachhaltiges globales Ernährungssystem müssten aber Fleisch- und Milchprodukte

deutlich reduziert und durch pflanzliche Alternativen ersetzt werden; dies gelte vor allem für Mais, der aktuell zu großen Teilen als Tierfutter verwendet wird. Auch die Nutzung von Pflanzen für die Produktion von Biosprit sei sehr kritisch zu sehen. „Derzeit werden 16 Prozent der Lebensmittel, die für die Ernährung bereitstehen, für Nichtnahrungszwecke genutzt, vor allem für die Herstellung von Biosprit“, so die Forscher aus Lancaster.

Die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung und „die Verringerung eines Konsums, der über das für ein gesundes Leben erforderliche Maß hinausgeht“, seien zwar wichtig, gegenüber anderen Faktoren aber weniger bedeutend – vor allem gegenüber der notwendigen Verringerung der Menge an essbaren Lebensmitteln, die an Tiere verfüttert werden.

In einer anderen aktuellen Studie der FAO wird der Frage nachgegangen, ob die Welternährung mit biologischem Landbau auch bei steigenden Bevölkerungszahlen gesichert werden könne. Auch hier das Ergebnis: Ja, wenn sich gravierend etwas am Ernährungsregime ändert. Reduzierung von Lebensmittelverschwendung und des Konsums tierischer Produkte sowie der Stopp der Verfütterung

von Getreide oder Soja an Tiere sind die entscheidenden Faktoren. Dann könnten auch knapp 10 Milliarden Menschen mit einer biologischen Landwirtschaft ernährt werden – etwas, das die konventionelle Landwirtschaft bei gleichbleibendem Konsumverhalten angesichts des damit verbundenen Raubbaus an Ressourcen und vor dem Hintergrund des Klimawandels nicht leisten könnte.

Laut einem aktuellen „Food Outlook“ der Welternährungsorganisation FAO werden die Kosten für den Lebensmittelimport zu einem immer größeren Problem für die ärmsten Länder. Weltweit haben sich die Kosten für die Einfuhren von Nahrungsmitteln von 2000 bis 2017 auf rund 1,43 Billionen US-Dollar etwa verdreifacht. Für Staaten, die mit Knappheit von Lebensmitteln zu ringen haben, verfünffachte sich der Betrag. Die am wenigsten entwickelten Länder der Welt müssen inzwischen rund 28 Prozent aller Exporteinnahmen für Lebensmittelimporte ausgeben; in Industrieländern sind es im Schnitt nur 10 Prozent.

Für die ärmsten Staaten werde es immer schwieriger, die für die Bevölkerung nötigen Grundnahrungsmittel auf internationalen Märkten zu beschaffen, warnte Studienautor

Ermutigende Projekte



Foto: Picasa

Sie ist Journalistin, Jahrgang 1969, aufgewachsen in São Paulo, dem Finanzzentrum Brasiliens, das zugleich eine der bevölkerungsreichsten Städte der Welt ist. Seit fünf Jahren arbeitet Verena Glass für die Rosa Luxemburg Stiftung. Sucht man sie im Internet, stößt man schnell auf eine Rede, die sie im April 2017 bei der Jahreshauptversammlung der Bayer AG in Bonn gehalten hat. Die Rede begann so: „Mein Name ist Verena Glass, ich spreche hier im Namen der brasilianischen Kampagne gegen Agrargifte, einer Initiative, in der vor allem Kleinbauern, Indigene, Umweltschützer und Verbraucherverbände organisiert sind. Brasilien ist im achten Jahr in Folge Weltmeister im Verbrauch von Agrargiften.“

Brasilien, sagt Verena Glass, sei ein politisch, wirtschaftlich und sozial gespaltenes Land, in dem die rechten und konservativen Kräfte zunehmend erstarken. Das beweist die jüngste Präsidentschaftswahl, die als wichtigste seit Ende der Militärdiktatur im Jahr 1985 galt. Umso wichtiger seien soziale Akteure, sagt die rls-Mitarbeiterin. „Wir arbeiten und engagieren uns für eine soziale und ökologische Wende, für die Rechte der indigenen Bevölkerung und deren Kampf für Ernährungssouveränität. Und um da voranzukommen ist es wichtig, sich zu vernetzen, gemeinsam zu kämpfen.“ Es ist ein Jahrhundertkampf, denn das Agrarmo-

dell transgener Pflanzen führt dazu, dass es in Brasilien bei einigen Sorten nicht mehr möglich ist, an nicht transgen modifiziertes Saatgut zu kommen. Mit der Hegemonie der GMO-Pflanzen hat sich zugleich der Verbrauch von Herbiziden innerhalb kurzer Zeit verdreifacht, 7,3 Liter pro in Brasilien lebendem Menschen werden Jahr für Jahr ausgebracht.

Bayer und Monsanto beherrschen den Markt bei transgenen Soja- und Maispflanzen und verdienen an den Herbiziden. Bei Untersuchungen in der ländlichen Region Lucas do Rio Verde wurden Agrargifte in 83 Prozent der untersuchten Trinkwasserbrunnen, 56 Prozent der Regenwasserproben und 25 Prozent der Luftproben gefunden. All das hat Verena Glass auf der Hauptversammlung der Bayer AG vorgetragen.

Das bisher schönste und ermutigende Projekt, an dem sie gearbeitet hat, sei eines der politischen Bildung für und mit indigenen Frauen in Tapajós (Amazonas) gewesen, einem Gebiet, das von einem großen Staudammprojekt bedroht war. Das Projekt wurde aufgrund des Widerstandes ausgesetzt. Angeführt wird dieser Widerstand von Frauen.

Verena Glass ist Projektkoordinatorin im Regionalbüro São Paulo der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brasilien.



Foto: Oidiskool Photography/unsplash

und FAO-Wirtschaftsexperte Adam Prakash – auch weil keine inländischen Alternativen ermöglicht werden. Hinzu kommt, dass fast alle internationalen Transaktionen in US-Dollar bewertet werden, daher kann der Import auch durch negative Währungseffekte belastet werden. Kaufkraftverluste hätten in armen Ländern deutlich stärker als in den Industrieländern zugenommen.

In einem Ausblick warnten FAO und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD im Sommer 2018 zudem vor einer Verschärfung des Problems in den kommenden Jahren. Vor allem für Länder mit starkem Bevölkerungswachstum im Mittleren Osten, in Nordafrika, im südlichen Afrika sowie in Asien rechnet der Bericht mit wachsenden Lebensmittelimporten. Im Mittleren Osten und in Nordafrika werden Landwirtschaft und Fischerei im kommenden Jahrzehnt nur um 1,5 Prozent wachsen und dabei von beschränkten Ressourcen an Land und Wasser sowie zunehmend extremen Wetterphänomenen behindert werden.

Zum Vergleich: Insgesamt wird mit einem Wachstum bei Agrarwirtschaft und Fischerei von 20 Prozent in diesem Zeitraum gerechnet. In den Industriestaaten werden die Produktivitätssteigerungen langsamer als im vergangenen Jahrzehnt ausfallen. Die FAO pocht auf eine Wende hin zu nachhaltiger Landwirtschaft. Intensive Anbaumethoden hätten einen hohen ökologischen Preis. Böden, Wälder, Wasser, Luftqualität und die Artenvielfalt müssten besser geschützt werden.

Bildhaft und eindringlich

Trevor Christians ist laut. Das muss er sein, denn noch ist die CSAAWU mit durchschnittlich fünf Prozent Mitgliedern unter den Farmerarbeiter*innen eine der kleinen Gewerkschaften in Südafrika. Der Organisationsgrad in der Branche beträgt landesweit nur rund 30 Prozent. Trotzdem wurde 2012 dank der Farmerarbeiterunion nach einem Streik eine Lohnerhöhung durchgesetzt. Die Farmer im Western Cape versuchen seitdem, sich das Geld über Mieten, Strom und Wassergeld zurückzuholen, denn die Arbeiter*innen sind gezwungen, all das von ihren Unternehmern zu beziehen.

Als Christians im Sommer 2018 auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin beim „Aufstand am Tellerrand“ auftrat, erlebte man eine Rede, wie wir sie hierzulande nicht gewohnt sind: eine Kampfansage. Bildhaft und eindringlich beschrieb der Gewerkschafter die Arbeits- und Lebensbedingungen derer, für die seine Gewerkschaft streitet. Für die 2005 gegründete Gewerkschaft CSAAWU ist es ein harter und gefährlicher Kampf. Gewerkschafter*innen wird der Zugang zu den Farmen nicht selten mit Waffengewalt verweigert. Will jemand der Gewerkschaft beitreten, braucht er die Zustimmung des Unternehmers. Wer den Mut hat, trotzdem Mitglied zu werden, dem drohen Mobbing, Rausschmiss, Zerstörung von Eigentum. Per Änderungskündigung wurden in den letzten Jahren viele

zu Saisonarbeiter*innen gemacht, so können die Farmer leichter Arbeitsrecht und Mindestlohn umgehen.

Trotzdem gab es in der Vergangenheit große Erfolge. 2012 wurde nach einem Aufstand der Landarbeiter*innen der Mindestlohn um fast 50 Prozent auf 18 Rand pro Stunde angehoben, das ist etwas mehr als ein Euro. Zum Vergleich: Manager auf den Farmen verdienen 8.600 Rand pro Stunde. Den Monatslohn eines Topmanagers könnte ein Arbeiter nicht in einem ganzen Arbeitsleben verdienen. Was Arbeiter*innen in den Städten und auf dem Land vereint, sei, so ein Gewerkschafter der CSAAWU, Land und der Hunger nach Land, das schaffe Solidarität und damit ließen sich Kämpfe gewinnen.

Trevor Christians ist Generalsekretär der Farmerarbeiter*innen-Gewerkschaft CSAAWU in Südafrika.



Foto: Andreas Karlsson



Transformation erforschen

In der globalen Agrarwirtschaft spielen die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika eine immer wichtigere Rolle. Was und wie hier produziert und konsumiert wird, hat weitreichende Auswirkungen auf die globale Landwirtschaft. Auch in den Staaten selbst ist die Ernährungsproduktion im Umbruch – mit Folgen für Landwirt*innen, Bevölkerung und Industrie: alte und neuere Formen der Kapitalakkumulation vermischen sich, Agroextraktivismus verschärft bestehende Widersprüche.

Zugleich entstehen aber auch neue Formen des Widerstands. Das Forschungskollektiv BICAS gründete sich, um diese Veränderungen wissenschaftlich und empirisch zu untersuchen. Die Mitglieder sind alle in den BRICS-Ländern oder ihren Nachbarländern verankert. Ziel der Arbeit ist es, die jeweiligen BRICS-Länder zu Knotenpunkten kritischer Wissensproduktion zu machen: Wie gestaltet sich in den einzelnen Ländern die Agrar-, Umwelt- und Agrarinvestitionspolitik? Welche Konsequenzen hat die kontinuierlich steigende wirtschaftliche Macht von Konzernen, welche Möglichkeiten gibt es für alternative Wege in der Agrarproduktion?

Zu den Gründern zählten Forscher der Universidade Federal do Rio Grande do Sul sowie der Universidade de Brasília in Brasilien, des College of Humanities and Development Studies in Peking und des Institute for Poverty, Land and Agrarian Studies PLAAAS an der Universität im südafrikanischen Western Cape. Unterstützung erhält BICAS von The Transnational Institute, einem progressiven Thinktank in Amsterdam.

BICAS BRICS Initiatives in Critical Agrarian Studies, Agrarwissenschaften, international, weitere Infos: www.iss.nl/en/research/networks/brics-initiatives-critical-agrarian-studies-bicas

Dramatisch unterschätzt

Die Digitalisierung des Agrarsektors soll viele Probleme lösen. Ohne eine Änderung des Ernährungsregimes wird die „Landwirtschaft 4.0“ aber selbst zum Problem Von Svenja Glaser

Digital Farming und die sogenannte Präzisionslandwirtschaft sind „das Gebot der Stunde“, mahnte vor nicht allzu langer Zeit eine Fachzeitschrift. „Die Betriebe haben die Chance, die landwirtschaftliche Wertschöpfungskette im Detail zu gestalten. Ein Teil der Arbeit kann an die Agrarzulieferer ausgelagert werden.“

Was da sehr optimistisch beschrieben wird, gilt manchen zudem als Beitrag zur Lösung drängender Menschheitsprobleme. Die Europäische Union zum Beispiel „hat sich sehr darum bemüht, Techniken der Präzisionslandwirtschaft zu fördern“, und in Brüssel wird das damit begründet, dass „die wahre landwirtschaftliche Revolution des 21. Jahrhunderts“ sowohl die Produktivität erhöhen als auch mehr Nachhaltigkeit ermöglichen könne.

Und damit nicht genug: Die Digitalisierung der Agrarbranche schreitet schneller voran als die öffentliche Debatte darüber. Neue Sensortechniken und miteinander kommunizierende Maschinen setzen sich rasch vor allem in den Landwirtschaften des globalen Nordens durch und bringen somit neue Wettbewerbsvorteile auf dem globalen Markt.

In der EU wird darüber nachgedacht, Daten über Bestände und Ernten auf den Äckern künftig per Satellit zu erheben und Vor-Ort-Kontrollen überflüssig zu machen. Schon heute arbeiten viele Landmaschinen GPS-gestützt und sensorgesteuert. Mehr als jeder Zweite in der Branche (53 Prozent) bediente sich bereits 2016 digitaler Lösungen, wie eine Umfrage des Digitalverbands Bitkom zeigt.

Und es geht weiter, nicht zuletzt auf Druck von Lobbyverbänden. Nach einem Treffen mit Verbänden der Land- und Ernährungswirtschaft im Sommer 2018 kündigte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner an, die Digitalisierung der Agrarbranche zum Schwerpunkt zu machen. Schon seit Anfang 2017 gibt es einen Digitalisierungsbeauftragten im Ressort der CDU-Politikerin, ein „Zwölf-Punkte-Plan Digitalpolitik Landwirtschaft“ liegt vor.

Ziel sind nicht zuletzt Vorteile im globalen Standortwettbewerb. Die Politik sagt unumwunden mit Blick auf deutsche Hersteller von Landtechnik, man wolle, „dass wir diese Spitzenposition künftig beibehalten“. Denn auch anderswo läuft längst das Rennen um neue Technologien im Agrarbereich. Es ist auch ein Rennen um die Kontrolle über das globale Ernährungssystem.

„In der aktuellen Diskussion zur Digitalisierung wird vor allem über Wetterdaten und Hightech-Traktoren diskutiert“, beklagt denn

auch Pat Mooney eine auf Technikfragen und die ökonomischen Potenziale verengte Sichtweise. Der Experte von der Action Group on Erosion, Technology and Concentration ETC glaubt nicht, dass eine Digitalisierung von Landwirtschaft und Ernährung tatsächlich ein neues Wundermittel sein kann, um Hungerkrisen zu beenden, den Verlust von Biodiversität zu stoppen oder den Klimawandel aufzuhalten.

Jedenfalls nicht, solange sich nicht grundlegend etwas ändert, so der Träger des Alternativen Nobelpreises. Einerseits werde „die Dimension der Umwälzung durch Drohnen, synthetische Biologie oder Blockchaintechnologien“ laut Mooney „dramatisch unterschätzt“. Damit zusammen hängt zweitens die Frage der Daten, die eine immer wichtigere Rolle spielen. Nicht nur, weil künftig eine immer größere Rolle spielen wird, wer über die weltweit und in Echtzeit erhobenen Informationen die Kontrolle hat – und damit die Macht, darüber in seinem Interesse zu verfügen. Sondern weil es auch ökonomische Implikationen gibt.

Mooney hat diese im Herbst 2018 in einer unter anderem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Studie skizziert. „Big Data legt Konzernfusionen nicht nur nahe, sondern erzwingt sie förmlich, weil kein Unternehmen an irgendeinem Punkt entlang der Kette riskieren kann, dass andere die Kontrolle über mehr Informationen erlangen.“ Damit nehme der Trend „zu vertikaler Integration entlang der gesamten Agrarlieferkette“ zu – das heißt, immer öfter kaufen Konzerne vor- oder nachgelagerte Fertigungs- und Handelsstufen auf.

Neben die klassischen Fusionen, die den Konzentrationsprozess des Kapitals illustrieren, also etwa Zusammenschlüsse wie der der Firmen Dow und DuPont, die ihre agrochemischen und saattgutbezogenen Anteile zusammenlegten, treten neue Megazusammenschlüsse. Dann erwirbt etwa ein Getreidehandelsunternehmen wie Cargill auch Fischfarmen und steigt in die Produktion synthetischer Geschmacksstoffe ein.

Das lässt den Einfluss von Datenplattformen wachsen, um die auch in anderen Sektoren gerungen wird. In der Landwirtschaft sind Informationen über historische Ernteerträge oder das Wetter, aktuelle Marktindikatoren und Daten über Saatgut, Pestizide und Düngemittel wichtig. Werden sie gesammelt, gespeichert und analysiert, lassen sich damit landwirtschaftliche Prozesse global und zentral steuern – bei größtmöglicher lokaler und an



Foto: ZappzPhoto/shutterstock.com

ökonomischen Bedarfen ausgerichteter Präzision.

Das heißt freilich auch: Wer hier Standards durchsetzen kann, wer als Großkonzern am besten sowohl die Landmaschinen produziert als auch das dazu passende Saatgut und die Agrarchemikalien kontrolliert, baut auf diese Weise praktisch digitale Barrieren, welche andere Anbieter oder gar alternative Ansätze der Landwirtschaft kaum noch überwinden können. Mooney kritisiert deshalb unter anderem die Regulierungsbehörden, die vor allem auf horizontale Integrationen blickten, die vertikal ablaufenden Konzentrationsprozesse aber vernachlässigen würden.

„Es entsteht zunehmend der Eindruck, für alle bestehenden Probleme im Agrarsektor gäbe es vor allem eine Antwort: Digitalisierung“, zeigt sich auch Stig Tanzmann von der evangelischen Organisation Brot für die Welt gegenüber einer viel zu optimistischen Debatte über „Landwirtschaft 4.0“ skeptisch. „Im gesamten Agrar- und Ernährungssektor ist ein von den Staaten und der Zivilgesellschaft noch viel zu wenig beachtetes Wettrennen ausgebrochen, um die digitalen Informations-schlüsselpunkte zu besetzen und über Patente oder geistige Eigentumsrechte im Sinne der Konzerne zu schützen“, heißt es in einer aktuellen Analyse von Tanzmann.

Als Beispiel wird auf die Landmaschinenhersteller verwiesen, die wie der Konzern

John Deere die Erfassung und exklusive Vermarktung von Daten vorantreiben, „die früher bäuerliches Wissen waren“. Tanzmann sieht diese sogar im Vorteil gegenüber Konzernen wie Bayer-Monsanto, weil es die Maschinen sind, die die kostbaren „Daten während der Aussaat, dem Ausbringen von Dünger und Pestiziden und bei der Ernte über Sensoren präzise erfassen“.

Wer also die Produktion von solchen Daten-Maschinen kontrolliert, sitzt auch gegenüber den Saatgut- und Düngemittel-Riesen „am längeren Hebel“. Es sei zudem möglich, dass sich Landmaschinenkonzerne in den Saatgut-, Pestizid- und Düngemittelsektor einkaufen. „Sollte die Fusionswelle also weitergehen“, so Tanzmann, „werden global operierende Konzerne entstehen, die von der Aussaat bis zur Ernte die ganze Kette kontrollieren und vor allem die Schlüsseldaten zunehmend monopolisieren.“

Tanzmann warnt allerdings auch davor, „die positive und wichtige Bedeutung der Digitalisierung in Frage“ zu stellen. Es gehe vielmehr darum, „eine Grundlage für eine realistische Auseinandersetzung“ mit dem Thema zu schaffen. So sollten Staaten „dringend die Hoheit über zentrale Daten der Welternährung zurückgewinnen und diese von den Konzernen einfordern“. Auch die UNO sei gefordert, hier seien „die Herausforderungen der Digitalisierung zu großen Teilen bewusst oder

unbewusst verschlafen oder eine Auseinandersetzung mit der Thematik von den Industriestaaten aus wirtschaftspolitischen Interessen verhindert“ worden.

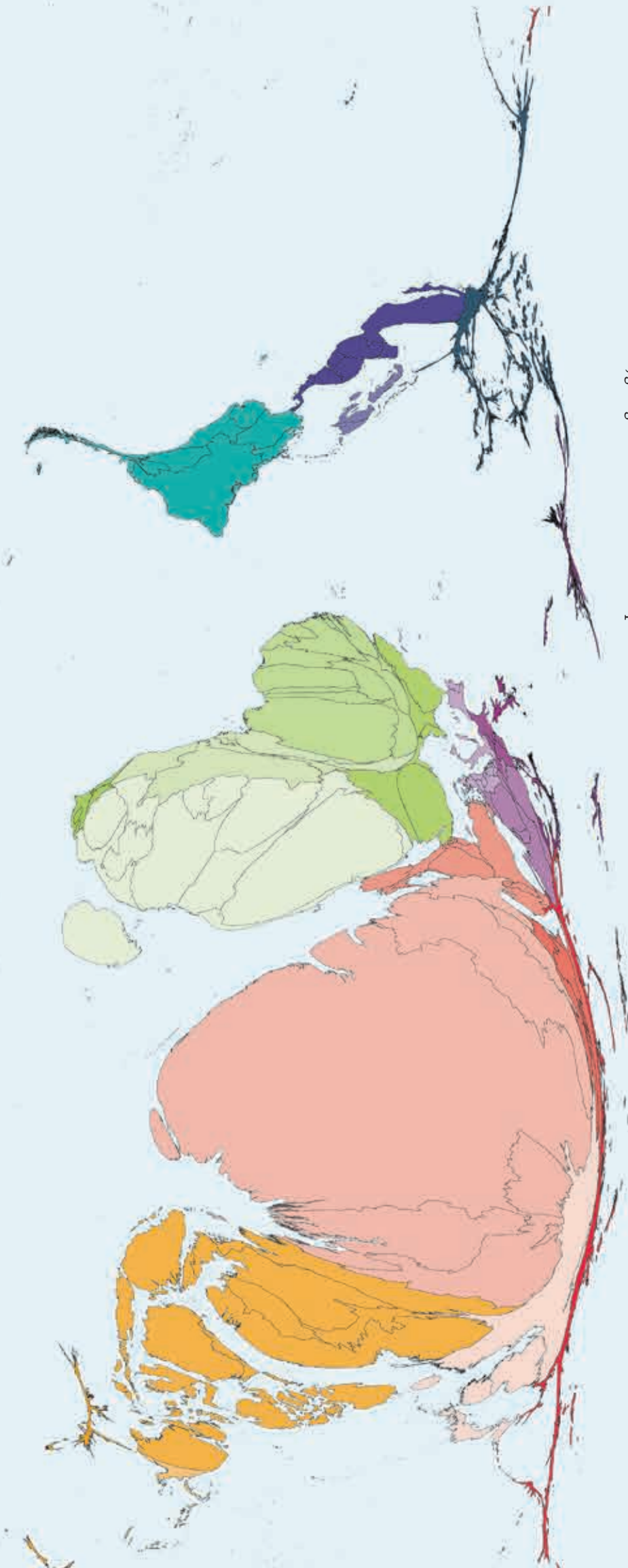
Die UNO sollte internationale Verträge zu Wettbewerbsrecht und Technologiefolgenabschätzung aushandeln, fordert auch Mooney. Hinzukommen müssten verstärkte öffentliche Kontrolle als Grundlage für Ernährungssouveränität und ein Kurswechsel auf der nationalstaatlichen Politikebene. Eine gestärkte gemeinschaftsbasierte Landwirtschaft sowie ein strengeres Wettbewerbsrecht könnten dann Bausteine sein, „die Technologie im Dienste der Gesellschaft“ anzuwenden. „Wenn wir nicht gegensteuern und der Konzernkontrolle über die Digitalisierung enge politische Grenzen setzen“, warnt er, „dann bedrohen die neuen Technologien die bäuerliche Landwirtschaft insgesamt.“

Part Mooney: Breaking the Chain – Konzernmacht und Big-Data-Plattformen im globalen Ernährungssystem, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der ETC Group, Glocon und Inkota, 2018. Download unter rosalux.de.

Stig Tanzmann und Bernd Voß: Digitalisierung der Landwirtschaft. Entwicklungspolitische und bäuerliche Perspektiven auf die Zukunft der Landwirtschaft im globalen Süden und Norden, 2018. Download unter kritischer-agrarbericht.de.

Eine andere Welt

Wie würde eine Weltkarte aussehen, die den Anteil der Landarbeitenden und deren Gesamtzahl zum Maßstab der Größe der jeweiligen Staaten macht? Die Datenvisualisten von Worldmapper um Tina Gotthardt und Benjamin Hennig zeigen es auf dieser Karte. Von den sechs Ländern, in denen mehr als 70 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind, liegen fünf in Afrika. Das Land mit der höchsten Anzahl von Landarbeitenden ist Indien, gefolgt von Indonesien und Äthiopien.



Hongkong, USA und EU

Die Bevölkerungen von Hongkong, San Marino und Argentinien haben den geringsten Anteil an Landarbeitern. In der EU sind im Gesamtdurchschnitt betrachtet etwas über vier Prozent der Beschäftigten im Agrarsektor tätig. In den USA arbeiteten 2015 weniger als 1,7 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft.

Gute Böden, große Armut

Madagaskar ist die viertgrößte Insel der Welt, hat gute Böden und zahlreiche Rohstoffe – aber die allgemeine Armut ist dramatisch. Über 90 Prozent der Bevölkerung leben von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Weit über 70 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft – das ist der nach der von Worldmapper benutzten Datengrundlage der globale Spitzenplatz. Der Agrarsektor steuert weniger als 30 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes bei.

Landarbeiterinnen

Viele der Landarbeitenden, vor allem in den Entwicklungsländern, sind Frauen. In Burundi waren 2015 rund 95 Prozent aller weiblichen Arbeitskräfte im Agrarsektor tätig. In zehn weiteren Staaten liegt der Anteil von Landarbeiterinnen an allen Beschäftigten bei über 80 Prozent – sie liegen alle in Afrika, Süd-Asien und Südostasien.